



Uebersicht der Nachrichten.

Landtags-Angelegenheiten. Schreiben aus Berlin (Hr. v. Mding, Missionar Belfon. 97 kath. Geistliche Russlands), Königsberg, Raw'cz (eine Taufe), vom Rhein (die politischen Ausweisungen) und Breslau (der evangel. Congreß in Berlin). — Schreiben aus Dresden (Hr. v. Könnert), Mannheim und Frankfurt a. M. — Aus Wien. — Aus Frankreich. — Aus Madrid. — Aus London. — Aus dem Haag.

Landtags-Angelegenheiten.

Der Landtags-Abschied für die zum siebenten Provinzial-Landtage versammelten Stände des Großherzogthums Posen enthält den königl. Bescheid 1. auf die gutachtlichen Erklärungen über die vorgelegten Propositionen, 2. auf die 52 ständischen Petitionen. Von letzteren theilen wir folgende als die das allgemeiner Interesse beanspruchenden mit:

Anstellung von kathol. Militär-Geistlichen.

Die von Unseren getreuen Ständen nachgesuchte Anstellung von beider Sprachen mächtigen katholischen Militär-Geistlichen in allen denjenigen Garnison-Städten, wo sich katholische Militär-Personen polnischer Abkunft befinden, kann in dieser Allgemeinheit nicht eintreten, dieselbe muß sich vielmehr auf solche Garnisonen beschränken, wo ihrem Umfange nach ein dauerndes Bedürfnis dazu vorhanden ist. Für die übrigen kleinen Garnisonen kann nur die Einrichtung stattfinden, daß Civil-Geistliche zur Mitwahrnehmung der Militär-Seelsorge und zur Vereisung der Garnisonen bestimmt werden, wobei jedoch so viel als möglich auf die Wahl von Geistlichen, welche der polnischen Sprache mächtig sind, Rücksicht genommen werden wird.

Befreiung der Tagelöhner und Dienstleute von den Beiträgen und Lasten zu Neubauten und Reparaturen an Kirchen und Schulen.

Auf den wohlgemeinten Antrag, daß Tagelöhner und Dienstleute von den Beiträgen und Lasten hinsichtlich der Neubauten und Reparaturen von Kirchen und Schulen ganz befreit werden mögen, behalten Wir Uns in der Hinsicht, daß ähnliche Verhältnisse auch in anderen Provinzen vorkommen und der Gegenstand daher einer näheren Erwägung bedarf, die Entscheidung vor. Heranziehung aller zu einem Schulverbande gehörigen Gutsbesitzer zu den Bau- und Unterhaltungskosten der Schulen.

Der Antrag auf Heranziehung aller zu einem Schulverbande gehörigen Gutsbesitzer zu den Kosten der Unterhaltung der Volksschulen wird seine Erledigung durch die neue für die dortige Provinz zu erlassende Elementar-Schulordnung erhalten, deren Entwurf wir möglich dem nächsten Landtage zur Berathung vorgelegt werden wird.

Verbesserung des Einkommens der Elementar-Lehrer auf dem platten Lande.

Was die auf Verbesserung des Einkommens der Elementar-Lehrer auf dem platten Lande gerichtete Petition anlangt, so werden Wir dem Volksschulwesen der dortigen Provinz Unsere Fürsorge, wovon dieselbe bereits Beweise in ausgedehntem Umfange empfangen hat, auch fernerhin gern betheiligen. Die Besoldungs-Verhältnisse der Elementar-Schullehrer werden durch die zu erlassende neue Schulordnung in angemessener Weise reguliert werden. Bei der besondern Theilnahme, welche, wie Wir gern vernommen, Unsere getreuen Stände, der bedrängten Lage vieler Elementar-Lehrer widmen, glauben Wir auch deren thätige Mitwirkung zur Aufbringung der für die Zukunft erforderlichen Mehrbedürfnisse mit Zuversicht erwarten zu können. Die Angelegenheit berührt ein Feld, von Kleinkinder-Bewahr-Anstalten bis zu mehr der Wirksamkeit welches vorzugsweise und um so mehr der Wirksamkeit der Privat-Wohlthätigkeit zu überlassen ist, als man diesen Weg auch in den übrigen Provinzen verfolgt. Errichtung zweier Fakultäten, einer theologischen und einer philosophisch-kameralistischen, in der Stadt Posen.

Durch den Landtags-Abschied vom 30. Decbr. 1843 haben Wir Unseren getreuen Ständen bereits eröffnet, daß und weshalb Wir Uns es haben versagen müssen, dem Antrage wegen Errichtung einer Universität in Posen Folge zu geben. Dieselben Gründe stehen auch dem

jetzt auf die Errichtung einer theologischen und philosophisch-kameralistischen Fakultät gerichteten Antrage, sowohl in Hinsicht auf Zweckmäßigkeit, als auch hinsichtlich der Ausführbarkeit entgegen. Wir befinden Uns daher nicht in der Lage, dem Wunsche Unserer getreuen Stände entsprechen zu können. Die bereits beschlossene Erweiterung des Clerikal-Seminars in Posen zu einer aus einer theologischen und philosophischen Abtheilung bestehenden höhern Lehranstalt wird indessen ehestens zur Ausführung kommen und dadurch den künftigen Mitgliedern des katholisch-geistlichen Standes der Erzbischofs-geseignete Gelegenheit verschafft werden, neben dem Studium ihrer Berufswissenschaft auch ihre allgemeine wissenschaftliche Bildung zu befestigen und zu erweitern.

Revision des Wechselrechts.

Der Entwurf eines neuen Wechselrechts unterliegt der Berathung des Staatsraths, und werden demnach die auf die Beschleunigung dieser Angelegenheit gerichteten Wünsche Unserer getreuen Stände eine baldige Erledigung finden.

Errichtung von Handelsgerichten.

Der Antrag auf Einführung von Handelsgerichten in den Städten Posen, Bromberg und Lissa wird bei der dem Staats-Rathe aufgetragenen Begutachtung einer Verordnung über die Errichtung von Handelsgerichten berücksichtigt werden.

Verleihung einer allgemeinen Staats-Verfassung.

Der Antrag auf Gewährung einer Staats-Verfassung ist nicht durch das spezielle Interesse der dasigen Provinz motivirt und erscheint überdies als theilweise Wiederholung der durch Unsere Eröffnung vom 12. März 1843 entschieden zurückgewiesenen Gesuche. Es erfolgt daher kein weiterer Bescheid.

Nennung der Namen der Redner in den abgedruckten Landtags-Protokollen.

Unsere für die Landtage aller Provinzen erlassene Bestimmung, daß weder in den zu veröffentlichenden Landtags-Berichten, noch in den abgedruckten Landtags-Protokollen die Namen der Redner genannt werden, beruht auf reiflich erwogenen Gründen, und Wir können von denselben abzugehen durch den Antrag Unserer getreuen Stände in der Denkschrift vom 15. März d. J. Uns nicht bewegen finden.

Wiederholung zurückgewiesener Petitionen.

Den auffallenden Antrag: die ebenfalls für alle Provinzen gleichmäßig bestehende Vorschrift des § 48 des Gesetzes vom 27. März 1824, daß einmal zurückgewiesene Petitionen nur alsdann, wenn wirklich neue Veranlassungen oder neue Gründe eintreten und immer nur erst bei künftiger Berufung des Landtages erneuert werden dürfen, aufzuheben, weisen Wir hiermit zurück.

Wählbarkeit der Stadtverordneten zu Landtags-Abgeordneten im Stände der Städte.

Auf den erneuerten Antrag daß allen den Bürgern in den Städten, welche qualifizirt sind, zu Stadtverordneten gewählt zu werden, auch die Wahlbarkeit zu Landtags-Abgeordneten beigelegt werde, geben Wir Unseren getreuen Ständen, mit Hinweisung auf den über den gleichen Antrag schon in dem Landtags-Abschiede vom 30. December 1843 ertheilten Bescheid, hiermit zu erkennen, daß Wir diesem Antrage zu entsprechen Uns nicht bewegen finden. Denn zunächst ist das Grund-Eigenthum eine wesentliche Bedingung der Landstand-schaft, und Wir sind nicht gemeint, in solchen Bestimmungen, welche in den Grundprinzipien der ständischen Vertretung beruhen und in den ständischen Gesetzen für alle Provinzen gleichmäßig vorgeschrieben sind, Abänderungen eintreten zu lassen. Aber auch die weitere Vorschrift des § 10 des Gesetzes vom 27. März 1824, daß als Abgeordnete des zweiten Standes nur städtische Grundbesitzer gewählt werden können, welche entweder zeitige Magistrats-Personen sind, oder ein bürgerliches Gewerbe treiben, müssen Wir unverändert bestehen lassen. Dieselbe beruht auf dem Grundsatze, daß jeder Stand durch Abgeordnete vertreten werden soll, die demselben wirklich angehören und aus seiner Mitte hervorgehen. Dieser Grundsatz würde aber wesentlich verletzt werden, wenn zu Landtags-Abgeordneten städtische Grundbesitzer gewählt werden könnten, welche bloß die Bedingungen der Wählbarkeit zum Stadtverordneten erfüllen, indem alsdann

Personen, welche einen städtischen Grundbesitz erwerben übrigens aber ihren sonstigen Standes- und Berufs-Verhältnissen nach keinesweges vorzugsweise bei den städtischen Interessen betheiligt sind, zu städtischen Landtags-Abgeordneten gewählt werden könnten.

Vermehrte Vertretung der Landgemeinden auf den Land- und Kreistagen.

In Beziehung auf den Antrag, daß die Zahl der Abgeordneten des Standes der Landgemeinden auf den Landtagen und auf den Kreistagen nach Maßgabe des Grundbesitzes dieses Standes im Verhältnisse zu dem Grundbesitze des ersten Standes vermehrt werde, verweisen Wir auf Unsere bereits in dem Landtags-Abschiede vom 30. December 1843 ausgesprochene Willensmeinung, daß Wir es dermalen nicht an der Zeit finden, Veränderungen in den einzelnen Bestimmungen der ständischen Gesetze vorzunehmen, wie denn dieselbe Rücksicht auch dem ferneren Antrage Unserer getreuen Stände, daß zur Ausübung des Wahlrechts im Stände der Landgemeinden der Besitz eines ländlichen Grundstücks von 15 Magd. Morgen genügen möge, entgegensteht. Wenn aber hieran auch noch weiter der Antrag geknüpft worden ist, daß den Wählern im Stände der Landgemeinden gestattet werde, auch Vertreter, welche diesem Stande nicht angehören, ohne Rücksicht auf Grundbesitz, jedoch mit Ausschluß der Beamten, zu wählen, so können Wir diesen Antrag nur entschieden zurückweisen, da es, wie Wir solches schon vorstehend sub Nr. 20 bemerktlich gemacht haben, zu den Grundprinzipien der ständischen Vertretung gehört, daß jeder Stand durch Abgeordnete vertreten wird, die ihren Berufs- und Lebensverhältnissen nach diesem Stande auch wirklich angehören. Von diesem Grundsatz ausgehend, enthält der § 11 des Gesetzes vom 27. März 1824 die ausdrückliche Vorschrift, daß zu der Eigenschaft eines Landtags-Abgeordneten des dritten Standes der Besitz eines als Hauptgewerbe selbst bewirtschafteten Landgutes erfordert wird und behält es bei derselben lediglich sein Bewenden. Was endlich den Antrag betrifft, daß die Wahlen im Stände der Landgemeinden, weil sich hier leicht ein fremder Einfluß geltend mache, nicht mehr von den Landräthen, sondern von den Kreis-Deputirten geleitet werden mögen, so hat derselbe nur Unser Befinden erregen können, und wollen Wir Unseren getreuen Ständen hiermit ausdrücklich zu erkennen geben, daß Wir die Landräthe für vorzugsweise geeignet halten, die Wahlen zu leiten, Wir auch zu denselben das volle Vertrauen haben, daß sie dabei um so mehr mit voller Unparteilichkeit verfahren werden, als sie in dieser Beziehung Unseren entschiedenen Willen kennen.

Bürgerliche Verhältnisse der Juden.

Der Zustand der jüdischen Bevölkerung der Provinz Posen und die Mittel einer Verbesserung ihrer bürgerlichen Verhältnisse sind bereits Gegenstand näherer Ermittlungen geworden und die dahin gerichteten Anträge Unserer getreuen Stände werden bei Feststellung der vorbereiteten legislativen Maßregeln näher erwogen werden.

Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen.

Der Antrag auf Gestattung der Oeffentlichkeit der Berathungen und Verhandlungen der Stadtverordneten hätte, da solcher schon durch den Landtags-Abschied vom 30. December 1843 zurückgewiesen worden, und in dem von Unseren getreuen Ständen in Bezug genommenen Erlasse vom 19. April v. J. wegen Veröffentlichung von Berichten über die Wirksamkeit der städtischen Behörden keine zur Rechtfertigung der Erneuerung geeignete neue Veranlassung liegt, nach §. 48 der Verordnung vom 27. März 1824 gar nicht zu Unserer Kenntniß gebracht werden sollen, und kann schon aus diesem Grunde nicht berücksichtigt werden.

Heranziehung der Militärs und Geistlichen zu den kommunal-Abgaben.

Wegen der eigentümlichen Verhältnisse des Kriegerstandes hat es seit dem B. St. des preussischen Preires als allgemeine Norm gegolten, daß die activen Offiziere und Militär-Beamten keinen kommunal-Abgaben unterworfen werden können. Hierbei muß es überall verbleiben, und kann daher auf den Abänderungs-Antrag Unserer getreuen Stände nicht eingegangen werden.

dem. Ähnlich verhält es sich mit der den Geistlichen und Lehrern in Beziehung auf ihr Dienst Einkommen ebenfalls seit uralter Zeit zustehenden, früher noch ausgedehnteren Immunität.

Errichtung von Kredit-Anstalten für städtische und ländliche Besizungen.

Der von Unseren getreuen Ständen beantragten Errichtung von Kredit-Anstalten für den städtischen und bürgerlichen Grundbesitz nach Art des für die abligen Güter dort bestehenden Kredit-Instituts stehen zwar überhaupt und wegen der eigenthümlichen Verhältnisse des städtischen und bürgerlichen Grundbesitzes im Großherzogthum Posen noch besondere, gewichtige Bedenken entgegen: indeß ist gleichwohl Unser Ober-Präsident der Provinz angewiesen worden, mit Hinzuziehung sachkundiger Männer näher zu untersuchen und festzustellen, inwiefern basirte die Bedingungen vorhanden sind, welche bei Errichtung solcher Anstalten unerlässlich vorausgesetzt werden müssen, und ob die letzteren wirklich geeignet erscheinen, den städtischen und bürgerlichen Grundbesitzern diejenigen Vortheile zu gewähren, welche Unsere getreuen Stände denselben zugewendet zu sehen wünschen. Erst nach Beendigung dieser Voruntersuchung werden Wir Unsere getreuen Stände auf ihren Antrag mit einem Endbischied versehen können.

Beseitigung der Censur und Einführung eines Preßgesetzes.

Unserer getreuen Stände haben darauf angetragen, die Hindernisse, welche der Abschaffung der Censur entgegenstehen, beseitigen zu lassen und Preßfreiheit zu gewähren. Eine nähere Motivirung dieses Antrages haben Unsere getreuen Stände nicht für erforderlich gehalten. Lagen die Gründe für denselben darin, daß das in den bestehenden Gesetzen gegebene Maß freier Bewegung in der Presse billigen Ansprüchen nicht entspreche, so würden Wir dies in keiner Weise anerkennen vermögen; lägen sie dagegen darin, daß die Presse durch Angriffe nicht nur gegen Einzelne, sondern auch gegen Staat und Kirche die gewissen Schranken zu durchbrechen täglich bemüht sei, und diesen Versuchen nicht immer rechtzeitig begegnet werden könne, so müßte die Richtigkeit dieser Behauptung an sich leider zugegeben werden. Ob aber diese Erfahrung dahin führe, die Nothwendigkeit einer die ganze Preßgesetzgebung umfassenden legislativen Abhilfe anzuerkennen, nach welcher Richtung hin eine solche in diesem Falle zu lenken sei und ob deshalb die alsdann erforderlichen Schritte bei dem deutschen Bunde zu thun seien — Alles das müssen Wir Unserer eifrigsten Erwägung vorbehalten.

Aufhebung der Censur für die unter öfterreichischer und russischer Censur gedruckten Schriften.

Die von Unseren getreuen Ständen beantragte Aufhebung der Bestimmung der Ordre vom 19. Februar 1834 für die in Oesterreich und Rußland erscheinenden Schriften würde eine Ausnahme von einem allgemein gesetzlichen Grundsatz sein, die Wir um so weniger anordnen können, als die Verbreitung derartiger Schriften durch die vorgängige Ertheilung der Debits-Erlaubnis nicht erheblich erschwert wird.

Richtung der Eisenbahn von Berlin nach Königsberg.

Zur Vorbereitung Unserer Beschlußnahme über die Richtung, welche für die Eisenbahn-Verbindung zwischen Berlin und Königsberg auf der Strecke von Berlin bis zur Weichsel nach dem von Uns bestimmten Uebergangspunkte beiirschau zu wählen ist, haben wir zunächst noch einige anderweitige Erörterungen für erforderlich erachtet, bis zu deren Beendigung Wir Unsere schließliche Entscheidung Uns vorbehalten müssen. Unsere getreuen Stände dürfen sich versichert halten, daß hierbei die mannigfachen in Betracht kommenden Verhältnisse und Interessen eine umfassende sorgfältige Erwägung finden und insbesondere auch die Interessen Unseres Großherzogthums Posen nicht unerwogen bleiben werden. Wir können indeß für den von Unseren getreuen Ständen angebotenen Fall, daß die gedachte Eisenbahn nicht von Frankfurt a. d. O. über Posen und Bromberg geführt würde, die beantragte Zusicherung, daß die in Unserer Ordre vom 22. November 1842 verheißenen Unterstüzungen des Staats auch für das Unternehmen einer Eisenbahn von Frankfurt nach Posen und für das Unternehmen einer Eisenbahn von Schleßen über Posen und Bromberg nach Preußen gewährt werden sollen, nicht ertheilen, indem Wir jedenfalls auf eine Verbindung von Posen mit Stettin und der Hauptbahn werden Bedacht nehmen lassen, auch die Ausführung einer Eisenbahn von Posen nach Schleßen ohne Unterstüzung des Staats bereits eingeleitet worden ist und im allgemeinen Interesse keine besonderen Rücksichten, um für anderweitige Eisenbahn-Unternehmungen in Unserer Provinz Posen, wenn solche überhaupt zur Genehmigung geeignet befunden werden möchten, die Betheiligung und Unterstüzung des Staats eintreten zu lassen.

Erleichterung des Handels-Verkehrs mit dem Auslande.

Unsere getreuen Stände mögen vertrauen, daß die Handels-Verhältnisse des Großherzogthums mit dem benachbarten Auslande fortwährend ein Gegenstand Unserer landwärtlichen Fürsorge sind.

Abschaffung der Lotterie.

Die Aufhebung der Lotterie, welche Unsere getreuen Stände beantragen, kann, wenn nicht wichtige finanzielle Rücksichten ohne Sicherheit des beabsichtigten Erfolges aufgegeben werden sollen, nur im Zusammenhange mit einer von den andern deutschen Bundesstaaten zu beschließenden gleichartigen Maßregel stattfinden. Es sind deshalb Verhandlungen eingeleitet und deren Ergebnisse abzuwarten.

Aufhebung der untersten Abtheilung der Klassensteuer.

Wir wollen zwar die wohlgemeinte Absicht, welche Unsere getreuen Stände bei dem Antrage auf eine weitere Verminderung der Staats-Abgaben der ärmeren Volksklassen geleitet hat, gern und beifällig anerkennen. Die anheimgestellte gänzliche Befreiung der Steuerpflichtigen der letzten Stufe der Klassensteuer würde indeß einen sehr bedeutenden Ausfall der Staats-Einnahmen zur Folge haben, welchen der Zustand des Staatshaushalts für jetzt nicht gestattet. Wir werden aber diesem Gegenstande Unsere bisherige landwärtliche Fürsorge nicht entziehen, und obwohl hiernach für jetzt der Zeitpunkt noch nicht gekommen sein würde, wo nach den Anträgen Unserer getreuen Stände von einer äquivalenten Ermäßigung der Wahl- und Schatzsteuer in den dieser Abgabe unterworfenen Städten die Frage sein könnte, so sind dennoch bereits auf anderweite Veranlassung Erörterungen darüber eingeleitet, ob und welche Erleichterungen bei der Wahl- und Schatzsteuer zu Gunsten der ärmeren Einwohner werden eintreten können.

Nicht-Anwendbarkeit der Gesetze vom 29. März 1844 auf den Richterstand.

Auf den Antrag Unserer getreuen Stände, die Gesetze vom 29. März 1844 in Bezug auf richterliche Beamte außer Anwendung zu setzen, können wir nicht eingehen. Die Entfernung unwürdiger oder unfähig gewordener richterlicher Beamten ist zur Sicherung einer unparteiischen und gründlichen Rechtspflege, so wie zur Aufrechthaltung der Würde und Ehrenhaftigkeit des Richterstandes, eben so unbedingt nothwendig, als die Unabhängigkeit desselben von jeder äußeren Einwirkung. Von diesem Gesichtspunkte aus sind die gedachten Gesetze, welche eben deswegen für richterliche Beamte ein besonderes, die Unabhängigkeit des Richterstandes sicherndes Disciplinar-Verfahren anordnen und hinsichtlich der außerhalb des Straf-Verfahrens vorkommenden Verfassungen es lediglich bei den bestehenden Einrichtungen bewenden lassen, in den verfassungsmäßigen Instanzen berathen und von Uns vollzogen worden. — Zu einer Abänderung finden Wir daher keine Veranlassung.

Gestellung jedes polizeilich Verhafteten innerhalb 24 Stunden vor seinem ordentlichen Richter.

Anlangend den Antrag, eine gesetzliche Bestimmung dahin zu erlassen, daß ein polizeilich Verhafteter innerhalb 24 Stunden vor den ordentlichen Richter gestellt werde, und daß letzterer erkenne, ob die Verhaftung gesetzlich sei oder nicht, so geben Wir Unseren getreuen Ständen Folgendes zu erkennen: Es besteht bereits eine gesetzliche Vorschrift (Allgemeines Landrecht Theil II. Tit. 20 §§. 381 und 460), welche den Zweck hat, zu verhindern, daß die polizeiliche Haft nicht ohne hinreichenden Grund verhängt oder verlängert werde. Da nun von Unseren getreuen Ständen keine Gründe angeführt worden, wodurch dargethan würde, daß diese Bestimmung unvollständig oder ungenügend sei, so ist ein Bedürfnis, die Vorsehung in der beantragten Weise abzuändern, nicht anzuerkennen.

Vorladung vor die Schiedsmänner.

Auf den Antrag Unserer getreuen Stände wollen Wir hierdurch genehmigen, daß bei den Verhandlungen der Schiedsmänner der Verklagte, welcher auf die Vorladung des Schiedsmannes ausbleibt, ohne seine Absicht, nicht erscheinen zu wollen, zeitig vorher angezeigt zu haben, für die Unterlassung dieser Anzeige eine Geldbusse von 5 Sgr. an die Orts-Armencasse entrichten soll.

Ungültigkeits-Erklärung der Trinkschulden.

Betreffend den Antrag, alle für den Genuß von Branntwein und anderen berausenden Getränken herführenden Schulden für ungültig zu erklären und demgemäß auch den Schiedsmännern die Aufnahme von Vergleichen über solche Schulden zu untersagen, so geben Wir Unseren getreuen Ständen zu erkennen, daß Wir bereits darüber, wie dem übermäßigen Branntweingenuß in zulässiger Weise am angemessensten entgegenzuwirken sei, Ermittlungen angeordnet haben und bis zu deren Beendigung Unsere Entscheidung vorbehalten müssen.

Juland.

Berlin, 6. Januar. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den bisherigen Regierungs-Assessor Herrmann Georg v. Raumer in Aachen zum Regierungs-Rath in Königsberg, und den bisherigen Seminar-Director Wärtel in Breslau zum Regierungs- und katholischen Schulrath bei der Regierung in Liegnitz zu ernennen.

Se. königl. Hoheit der Prinz Albrecht ist aus Palermo hier eingetroffen.

Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen in der Armee. v. Gontard, Pr.-Lt. von der 6. Art.-Brig., zum Hauptm. u. Comp.-Chef, Niederbel 1, Sec.-Lt. von ders. Brig., zum Pr.-Lt. ernannt. Baron v. Buddendroff, Major, aggr. der 1. Art.-Brig. u. dienstl. Adj. der Gen.-Insp. der Art., in die Adjutantur einrang., mit Billassung in seinem aggr. Verhältniß zur 1. Brig. Curs, Hauptm. und Chef der Handw.-Comp. der 6. Art.-Brig., in die Brig. eintr. Barkholz, Hauptm. von ders. Brig., zum Chef der Handw. Comp. ernannt. v. Kornakht, P.-Fähnrl. vom 10. zum 5. Inf.-Regt. versetzt, Leining, Pr.-Lt. vom 4. Inf.-Regt., zum Rittm. u. Esc.-Chef, v. Ring, Sec.-Lt. von dems. Regt., zum Pr.-Lt. ernannt. Koch, Wachtm. von dems. Regt., bei seiner Verabschiedung der Char. als Sec.-Lt., Aussicht auf Anstellung bei einer Veteranen-Comp. u. Pens. bewilligt. v. Zure-Weßen, P.-Fähnrl. vom 23. Inf.-Regt., zum überg. Sec.-Lt. ernannt. — Bei der Landwehr: Dalmier, Sec.-Lt. vom 1. Bat. 10. Regts., zum Pr.-Lt. ernannt. Gr. Piliat, Sec.-Lt. (mit Pr.-Lt.-Char.) zuletzt im 10. Inf.-Regt., v. Wiedell, Sec.-Lt. vom 2. Bat. 26. Regts., Sulzer, Sec.-Lt. vom 1. Bat. 8., ins 1. Bat. 10. Regts., Rudolph, Sec.-Lt. vom 2. Bat. 10., ins 2. Bat. 11. Regts., v. Holwebe, Hauptm. vom 1. Bat. 7., ins 3. Bat. 11. Regts., Weiffig, Sec.-Lt. vom 1. Bat. 6. Regts., ins Ew.-Bat. 38. Inf.-Regts. eintr. v. Frankenberg, pens. Oberst-Lt., zuletzt Commandeur des 3. Bats. 22. Regts., zum Führer des 2ten Aufgebots letztgenannten Bats. ernannt.

△ Berlin, 3. Januar. — Wie ein Lauffeuer war gestern Abend hier in allen Kreisen das Gerücht verbreitet, daß der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Herr v. Meßing, mittelst Kabinettsordre bereits zum Minister des Innern ernannt sei und den 15ten d. M. sein Portefeuille übernehmen werde. An der Wahrheit dieses Gerüchts will man diesmal hier nicht zweifeln. Herr v. Meßing stand dem Ministerium des Innern schon jahrelang als unsichtiger Director vor und ist demnach mit seiner jetzt anzutretenden hohen, aber auch schwierigen Staatsstelle sehr vertraut. Seine politische Gesinnung soll ganz die seines Vorgängers, des Grafen v. Arnim, sein. — Der Diebe, welche in der letzten Zeit hier auf Plünderung mehrerer evangelischen Kirchen ausgegangen waren, ist man nun habhaft geworden. Es sind schon mehrfach bestrafte Burschen, die zur Arbeit keine Lust haben und sich auf diese leichte Weise ihre Existenz zu verschaffen suchten. — Mit dem neuen Jahre ist an hiesiger Börse feilsches Leben und großes Vertrauen zu den Papierfonds wieder erwacht, was die Course gestern und heute auch sehr hob. Von einer bedenklichen Geldkrise bemerkt man seit Kurzem gar nichts mehr. — Die seit Neujahr vorgenommene Säuberung der hier bestehenden Prostitutionshäuser von den darin befindlichen Frauenzimmern geht in Folge der von der Polizeibehörde getroffenen vorsichtigen Maßregeln ohne Excesse von Statten. Viele dieser Frauenzimmer haben schon Berlin verlassen. In 14 Tagen werden dieselben wohl alle aus der Residenz verbannt sein, da selbstige, allerhöchstem Befehle gemäß, sobald sie nicht zum Weichbilde der Hauptstadt gehören, von hier weg sollen.

(N. 3.) Es heißt, daß das erlebte protestantische Bisthum in Jerusalem, dessen Wiederbesetzung zunächst von Preußen aussteht, dem bei der hiesigen anglikanischen Gemeinde angestellten Prediger und Missionar Nelson übertragen werden wird, der ebenso wie der Verstorbenen Hr. Alexander ein getaufter Jude ist und sich des persönlichen Vertrauens des Ministers v. Thile in hohem Maße zu erfreuen hat. (Bekanntlich nannten die engl. Journale in der jüngsten Zeit einen engl. Candidaten, Dr. McCaul.)

(Magd. 3.) Ueber 97 katholische Geistliche, welche den Verfolgungen Rußlands durch die Flucht entgangen sind, sind wir in Stand gesetzt, nähere Angaben, die von einem dieser Geistlichen selbst herühren, mitzutheilen. Hiesige Männer, welche mit diesem Geistlichen auf seiner Durchreise persönlich gesprochen haben, erzählen über die Sache Folgendes: Die Geistlichen wurden, nachdem man sie in einer anderen russischen Stadt als Handelsleute bei den gewöhnlichsten Arbeiten verwendet hatte (zum Beweise seiner Aussätze in dieser Beziehung zeigte der Geistliche die Schwielen in seiner Hand), nach Tscholok in ein Gefängnis gebracht, worin sie zu mehreren, in fast kaum vom Tageslicht erhellte Zellen eingesperrt wurden. Um sie zum Uebertreten zur Griechischen Kirche zu bewegen, wurde denselben eine noch härtere Behandlung angedroht. Da die Geistlichen fest entschlossen waren, ihrem Glaubensbekenntnisse treu bleiben zu wollen, so blieb ihnen, um ferneren Mißhandlungen zu entgehen, nichts übrig, als auf Mittel zur Flucht aus dem Gefängnisse zu sinnen, welche ihnen auch gelang. Durch einen kühnen Entschluß entkamen sie sämmtlich in einer Nacht, als die Wächter schliefen, aus dem Gefängnisse. Vermittelt ihrer Bettdecken hatten sie sich an der Mauer vorbeigleiten lassen. Mehrere Monate irrten sie nun durch Wälder und auf abgelegenen Wegen unter Mühseligkeiten und Entbehrungen, bis sie endlich die Grenze glücklich erreichten. Ein Theil die-

se Geistlichen wandte sich nach Preußen, ein anderer schlug die Richtung nach Italien ein und ein dritter begibt sich nach Frankreich. Von Preussischen Geistlichen ward demselben eine Unterstützung von 900 Thlen. zu Theil. Ein Bericht an den König von Seite jenes Preussischen Prälaten, in dessen Diocese sich ein großer Theil jener Geistlichen gegenwärtig befindet, ist zu erwarten. Da jener Prälat die Ansicht hegen soll, die Geistlichen in seiner Diocese anzustellen, so handelt es sich darum, ob demselben von Sr. Maj. die Erlaubniß dazu erteilt werde. Die Anzahl jener Geistlichen, welche Schutz in Preußen gesucht haben, soll sich auf 50 belaufen. Von protestantischer und kathol. Seite wird hier ohne Unterschied der Wunsch ausgesprochen, daß den Ankömmlingen der nachgesuchte Schutz in Preußen großherzig gewährt werde, welcher Wunsch auch wohl nicht, ohne der Menschlichkeit zu nahe zu treten, unberücksichtigt gelassen werden könnte.

Königsberg, 28. December. (D. A. Z.) Es freut uns, melden zu können, daß es der Minister Eichhorn nun der königl. deutschen Gesellschaft freigegeben hat, ihre Reden ohne Einholung politischer Censur öffentlich vor einem gemischten Publikum halten zu lassen. Am 18ten d. ward von dieser Erlaubniß Gebrauch gemacht.

†† Rawitz, 2. Januar. — Welcher Geist christlicher Duldung nunmehr in unsere Stadt zurückgekehrt ist, davon hatten wir am ersten Tage dieses Jahres einen schönen Beweis. Ein hiesiger den höhern Ständen angehöriger Katholik ließ an gedachtem Tage seinem Kinde die Weihe der heil. Taufe erteilen und hatte dazu als Patben einen kathol. Priester, einen Protestanten und ein Mitglied der hiesigen christkatholischen Gemeinde geladen. Der kathol. Ortsgeistliche, ohne die geringste Einwendung dagegen zu machen, vollzog die heilige Handlung in würdiger Art, und wir müssen gestehen, es hat uns freudig überrascht diese 3 Männer vereint mit dem Priester, welcher die Taufe vollzog, für das Wohl des Täuflings zu Gott beten zu sehen, und knüpfen wir daran die Hoffnung, daß ein Jahr, an dessen erstem Tage sich solche Duldung zeigte, den Frieden unter den getrennten Christen bewirken, und Liebe und Eintracht immer mehr befestigen werde. Wir können nicht umhin, diesen Fall zu veröffentlichen, denn nur zu oft werden Vorgänge, worin sich Feindseligkeit zeigt, der Öffentlichkeit übergeben, während solche Fälle wie der vorliegende, meist mit Stillschweigen übergangen werden.

Bonn, 27. Decbr. (F. Z.) Die Professoren Dr. Braun und Achterbeid sind noch fortwährend durch die geistliche Behörde in Köln behindert, ihre Vorlesungen zu halten, so daß die bedeutendsten Kräfte in der kath. theol. Fakultät theilweise unwirksam gemacht sind.

Eiberfeld, 30. Decbr. (Barm. Z.) Der Zubrang zu unserm Lebensmittel-Verein ist der Art, daß man sich das letzte Mal blutige Köpfe geschlagen hat; eine Frau wurde wörtlich niedergetreten und mußte nach Hause getragen werden. Unter dem Vorgang der Firma Wälting und Söhne haben sich mehrere Häuser in Lennep dahin geeinigt, ihren Arbeitern während der Theuerung das Brod 1 Sgr. unter der Polizeikasse abzugeben.

Vom Rhein, 1. Dec. — Die Rhein- und Mosel-Regierung sagt in einem von dem Ober-Censur-Gericht zum Druck verstatteten Artikel: Entschieden widerstreben uns die jetzt in unserm deutschen Vaterlande immer mehr um sich greifenden gegenseitigen politischen Ausweisungen von bedeutenden oder nicht bedeutenden Schriftstellern, politischen Notabilitäten u. s. w. aus einem der deutschen Bundesstaaten in den andern. Ein solcher Zustand trägt zur Verwirrung der Verhältnisse im deutschen Vaterlande nur noch mehr bei und wird nur dazu führen, die Entwicklung einer deutschen Einigung zu hemmen. Begeht ein Schriftsteller ein Vergehen, so ziehe man ihn vor Gericht, man habe den Muth dazu, denn eine politische Ausweisung birgt immer und überall eine gewisse Sorglosigkeit und Aengstlichkeit der Gewalt. Eine Regierung soll aber keine Furcht zeigen. Hatten einige Leipziger Schriftsteller ein Vergehen oder anderes Vergehen begangen, so mußte man den Muth haben, sie dem Gesetze zufolge richten zu lassen. Die Ansichten der meisten dieser Schriftsteller stehen der unsrigen in mancher Hinsicht schroff entgegen, aber eher möge unsere Feder zerbrochen werden, ehe wir die ewigen Rechte der persönlichen Freiheit flüchtig anfallen lassen. Es ist aber schon ein augenscheinliches Zeichen, daß gerade im Jahre 1845 die Ausweisungen so überaus zahlreich eingetreten, und leider müssen wir es gestehen, haben bei diesen reaktionären Maßregeln die französische Regierung Louis Philipps, so wie die spanische ein trauriges Beispiel gegeben. Was Frankreich, das konstitutionelle Frankreich that, das können wir auch thun, hörte man als Drohung an vielen Orten wiederholen und widerhallen. Es gibt also Leute, die sich in Pariser Beispielen Muth geholt haben. Also das Schlechte in Frankreichs Machthabern nachzuahmen, macht uns Deutschen wenig Ehre. Ueberdem hat die französische Regierung, durch bessere Einsicht oder vernünftige Vorstellungen aufgeklärt, bereits die Ausweisungsbefehle gegen einige ausgewiesene gänzlich fallen lassen. Wozu nützen diese Ausweisungen? Den Regierungen gar nichts; persönliche Gerechtigkeit suchen ihr

Müthchen zu kühlen, indem sie Den und Jenen verfolgen und die Existenzmittel zu rauben suchen, während die öffentliche Meinung sich aber immer für den Verfolgten erklärt. Diese öffentliche Meinung der würde entschieden für die Behörden sein, wenn man Professoren und angebliche Umtriebe der Schriftsteller u. s. w. den Gerichten und einer regelmäßigen Untersuchung übergäbe und Schuld oder Nichtschuld also auf rein gesetzlichem Wege zu Tage förderte, statt politisch brutal einzuschreiten. Dagegen werden die Schriftsteller Duzendweise aus Sachsen vertrieben. Die Ausweisungen von einem deutschen Bundesstaat in den andern geben ein seltsames Zeugniß von der Einheit in diesem Bunde. Dieses Verbannen von Deutschen aus deutschen Ländern, dieses Abgrenzen der Heimath in diese oder jene Gebiete hat etwas Kleinliches. Das Ausland muß lächeln über dies neue Zeichen der deutschen Uneinigkeit. Ueberdem sind solche Ausweisungen von Deutschen aus einem deutschen Bundesstaat in den andern bei weitem betrübender, da sie der geselligen, staatlichen Konstitution eines deutschen Bundes wie solcher im Wiener Kongreß festgesetzt, widersprechen. Die Ausweisungen der Schriftsteller in Masse aus Berlin sind unterblieben, obgleich von einer gewissen Seite her solche eifrig gewünscht und angerathen worden. Als das Ministerium Guizot die Ausweisung gegen die negirende, radicale Richtung der Schriftsteller Dr. Arnold Ruge, Dr. Marx und einiger anderen bei einem Pariser Deutschen Blatte mitarbeitenden, mehr untergeordneten Literaten, wie Camill Bernays und der Uebersetzer Heinrich Börslein, befahlen, konnten diese Männer dem Fremden-Gesetz zufolge als Fremde betrachtet und dem zu Folge durch ein den Kammern im Jahre 1832 neu eingestimmtes Gesetz ausgewiesen werden. In Deutschland ist es aber in letzter Zeit mehrfach geschehen, daß ein deutscher Staat die Unterthanen des andern über die Grenze weist, und dies ist doppelt traurig. Englands Verfassung ist stärker, freisinniger, der Fremde wird in England nicht der politischen Willkür überlassen, er lebt frei und unangefochten unter dem Schutze der Gesetze.

* Breslau, 4. Januar. — Die Spannung, mit der die diesjährigen Landtagsabschiede erwartet wurden, scheint sich mehr und mehr zu legen. Fast mit eben der Aufmerksamkeit verfolgt Preußen und, wir können sagen, ganz Deutschland die Ergebnisse des mit dem heutigen Tage in Berlin zusammentretenden evang. Congresses. Denn wenn wir auch schon gewohnt wären, von den kirchlichen Synoden, welche bloß aus Geistlichen und Theologen von Fach zusammengesetzt sind, zumal, wenn diese eine bestimmte Forderung angenommen haben, eben nichts Außergewöhnliches zu erwarten, so dürfte dieser Anfang zur Bildung einer allgemeinen Landeskirche des Vaterlandes doch nicht ohne Bedeutung sein; ja er könnte, auf dem Rechtsweg der Zeit ruhend und weniger bloß die Negative der gegenwärtigen Bestrebungen des neu erwachten kirchlichen Lebens in's Auge fassend zu Resultaten und Weiterbildungen führen, welche, um uns eines profanen Vergleichs zu bedienen, der bisher in mercantiler Beziehung durch den Zollverband erzielte Einheit nicht ganz unähnlich sähe. Würde der positive Glaubensgrund des christlichen Bewusstseins unserer Tage nicht bloß auf die Bekennnisschriften früherer Zeiten zurückgeführt, die freie Entwicklung des denkenden Geistes nicht durch rücksichtsvolle Besetzung von Kathedern und Kanzeln bestimmt, die Confessio-nal zur Presbyterial-Verfassung, wie man hoffte, umgewandelt, in Außerlichkeiten des Gottesdienstes die dem Protestantismus so eigenthümliche Mannigfaltigkeit und Fügigkeit freigegeben: so könnte der Segen einer solchen Versammlung, welche die gemeinsame Vereinbarung religiöser Kräfte und Maßnahmen für Beförderung eines gesunden christlichen Denkens und Lebens in der evang. Kirche Deutschlands zum Zweck hat, wohl schwerlich ausbleiben. Andere Bedenkllichkeiten übergehen wir hier um so lieber, als wir dem Embryo einer zeitgemäßen Idee, welche für die Zukunft des evang. Vaterlandes von großen Folgen sein würde, eine nicht allzu vortheilhafte und zuversichtliche Nativität stellen mögen.

Aus ähnlichen Beweggründen, wie die Zusammenberufung jener kirchlichen Generalsynode, scheint ein Rescript des Cultus-Ministeriums hervorgegangen zu sein, welche den Rectoren der höheren Anstalten über Ertheilung des Religionsunterrichts zugegangen ist. Erinnern wir uns recht, so basiert dieser Plan auf den Vorschlägen eines christlichen Lehrers, dessen Promemoria über beregten Gegenstand wir allerdings den Standpunkt des Reliquisten *) in keiner Weise abzusprechen vermögen. Aber nach der Weisung „zur Beachtung“ dürfen wir jener Mittheilung auch nicht den Charakter einer gesetzlichen Verfügung zuerkennen und unterwerfen hier diese Vorschläge um so lieber einer beleuchtenden Erwähnung, als ihr Gegenstand tief ins Volksleben eingreift und durch die Schule für alle Zukunft von Wichtigkeit würde. — Mit Recht behaupten die einleitenden Bemerkungen, daß der Religionsunterricht, von Einem Mittelpunkt ausgehend, auf den Gymnasien mit dem

*) Der Verf. äußert sich z. B., daß es Thorheit sei, die Schüler bloß das auswendig lernen zu lassen, was sie verstanden haben.

der niedern Anstalten den Zweck theile, den Nachwuchs der Kirche zu bewußten Mitbekennern ihres Glaubens, zu lebendigen Gliedern derselben heranzubilden;“ aber daß, wie ferner gefordert wird, der Lehrer durch bloße „Verkündigung“ der religiösen Wahrheiten bei der Jugend nachhaltig wirken werde, bezweifeln wir; da jene, großentheils im kindlichen Gemüthe schlummernd, aus diesem, wie bei jedem andern Lehrgegenstande erheblich entwickelt werden müssen. Zudem ist der religiöse Gesichtskreis, den ein Gymnasiast zu umfassen hat, nach Form und Inhalt wesentlich ein anderer, als der des Elementarschülers, bei dem allerdings eine bloße gedächtnißmäßige Auffassung und gemessene Zuthellung des religiösen Stoffes ausreichen mag. Wenn den Gymnasien unter Beziehung auf den lutherischen Katechismus hauptsächlich die Lesung der Bibel mit gehöriger Auswahl angerathen wird, so können wir das im Allgemeinen billigen, wenn auch der Betrieb der biblischen Geschichte, wie er hier empfohlen ist, manchem Mechanismus unterliegt, zumal, als man dabei alle erbaulichen Nutzanwendungen und katechetischen Uebungen vermeiden soll. Was weiter über die Bedeutung der Einleitung in die bibl. Bücher, über Erklärung und Kritik derselben behauptet wird, erscheint wegweisend für die Ergebnisse der Wissenschaft; nicht mehr bildend die wiederholte Zurückweisung auf bereits gelesene Erzählungen und gelernter Bibelsprüche; tiefer religiös und psychologisch aber und mit dem durch das ganze Promemoria sich ziehenden Dogmatismus fast im Widerspruch stehend (wenn wie die Hervorhebung der Charaktere eines Augustinus, Chrysostomus, Spener und Franke ausnehmen) sind die Vorschriften über christl. Kirchengeschichte und systematische Glaubenslehre aufgefäht. Nicht so begründet ist offenbar die Forderung der Lesung der angebursiglichen Confession und das Einprägen prägnanter Stellen derselben; noch weniger das Memoriren von etwa 50 Gesangbuchstücken, die nicht nur in allen Klassen öfter wiederholt, sondern auch in den Singstunden eingeübt werden sollen. Zeigten nun auch die aufgestellten stofflichen Forderungen nicht schon zum Theil, daß der Standpunkt des Planes dem alten Dogmatismus angehört, so thut dies noch mehr die empfohlene Methode.

L. M.

Deutschland.

†* Dresden, 2. Januar. — Bei der gestrigen großen Neujahrs-Cour sah man von den Mitgliedern unserer beiden Kammern sehr wenige Vertreter der städtischen Wahlbezirke; die ritterschaftlichen und bürgerlichen Abgeordneten waren fast sämmtlich erschienen. Zu der an demselben Abende stattfindenden großen Solide waren nur hoffähige Personen eingeladen, wer also nicht das Glück hatte, einer der Klassen der Hofangordnung anzugehören, war ausgeschlossen, so ging also z. B. dem Präsidenten der II. Kammer. — Daß das Gerücht von dem beabsichtigten Abtreten Sr. Excellenz des Staatsministers v. Roennert nicht so unbegründet war, bezeugt ein heute in der Leipz. Zeitung zu lesender, merkwürdiger Weise aus der Augsb. allg. Ztg. aufgenommener Artikel. Daß, wie es dort heißt, Sr. Excellenz deshalb habe seinen Posten aufgeben wollen, weil man in der II. Kammer ihn persönlich angegriffen habe, möchte sehr zu bezweifeln sein, wenigstens widerspräche es geradezu den vom Hrn. Staatsminister selbst hin und wieder abgegebenen Erklärungen, welche jedwede Einmischung von Persönlichkeiten entschieden von sich wiesen. Auffallend aber mußte ein Zurücktreten von der öffentlichen Wirksamkeit gerade jetzt um so mehr erscheinen, als die Berathung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit im Strafverfahren Seitens der I. Kammer noch in Aussicht steht und davon die Entscheidung über diese wichtigen Fragen wenigstens für jetzt noch abhängt. Es wurde zugleich mit jenem Gerüchte auch von den Candidaten für diesen hohen Posten gesprochen und als solche v. Langenn und der ehemalige weimarsche Minister von Wagdorf (terren wir nicht, Schwiegersohn unseres Justizministers) bezeichnet, welcher letztere sich in diesen Tagen hier aufhielt. Mag es nun sein, daß auf den Wunsch des Hrn. v. Roennert höheren Orts nicht eingegangen worden sei, oder nicht — so viel ist gewiß, daß Sr. Excellenz heute in der Sitzung der II. Kammer erschien und hier gleich beim Beginn derselben bei Gelegenheit einer vom Vice-Präsidenten Eisenstuck eingebrachten Petition um Einführung eines Civilgesetzbuchs nach Analogie des in Oesterr. seit einigen 30 Jahren geltenden, die Erklärung der Regierung abgab: daß dieselbe schon seit längerer Zeit sich diesem Gegenstande mit großer Sorgfalt hingegeben habe, dabei aber auf sehr bedeutende, sobald nicht zu beseitigende Schwierigkeiten gestoßen sei, welche namentlich hinderten, das österr. Recht zur Grundlage eines für Sachsen geltenden, ausreichende Bestimmungen enthaltenden Civilgesetzbuchs, anzunehmen. — Man erwartete, daß heute die Confessionserziehung der Herausgabe der Sächsischen Vaterlandsblätter in der II. Kammer zur Sprache kommen sollte, dies erfolgte jedoch nicht, obgleich, wie wir hören, einige Petitionen deshalb hier eingegangen sind; die hierorts verfaßte zählt zur Zeit gegen 200 Unterschriften. — Die Sächs. Dorfzeitung will aus guter Quelle wissen, daß Hrn. Johannes Ronge ferner nicht mehr verstatte:

sein sollte, seine sächsischen Glaubensgenossen zu besuchen. Die angebliche „gute Quelle“ ist nicht genannt, wie können daher nicht umhin, die Zuverlässigkeit dieser Nachricht zu bezweifeln, da wir noch keinen Grund finden können, welcher unsere sächsische Regierung zu derartigen Maßregeln veranlassen sollte. — Es scheint nunmehr gewiß zu sein, daß sämtliche Bahnhöfe der Leipziger, Dresdener, Sächsisch-Schlesischen und Sächsisch-Böhmischen Eisenbahnen an das linke Elbufer bei dem sogenannten Sehege zusammengelegt werden sollen. Da aus dieser Maßregel sowohl für die Ertragsfähigkeit des Immobiliengrundbesitzes, als für den commerciellen, gewerblichen und sonstigen generellen Verkehr im Bereiche der Neu- und Antonstadt aufserordentliche Nachteile hervorgehen, ja vielleicht der jetzige Wohlstand der einen Hälfte der Residenzstadt auf tiefe untergraben werden würde, so haben die Haus- und Grundbesitzer der genannten Stadtheile ihre Ansichten darüber in einer Petition niedergelegt und sprechen zum Schlusse derselben die Zuversicht aus: die Ständeverammlung werde jene Verlegung der Bahnhöfe, welche außer den das nächste Interesse des Staates direct berührenden Bedenken, zugleich die Blüthe eines bedeutenden Theiles der Residenzstadt in ihrer innersten Tiefe zu zerstören drohe, nicht bevorzugen. — Die Neustadt hatte vor etwa 30 Jahren nur wenige Gassen und außer der Hauptstraße nur wenige größere Gebäude, an der Stelle der Antonstadt aber befanden sich nur wenige hüthenähnliche Gebäude auf einem Plage, der den traurigen Namen „der Sand“ führte. Dies Alles hat sich seitdem ungemein verändert, wir erblicken überall große, schöne Gebäude mit geräumigen freundlichen Wohnungen, angenehme Gärten, Promenaden u. s. w. Alles trägt das Gepräge des fröhlichsten Gedeihens und zeigt einen bedeutenden Aufschwung, bedarf aber, da es die Mittel zu seiner Subsistenz schon längst nicht mehr aus sich allein schöpfen kann zu Gewinnung eines angemessenen Ertrags aus den Gebäuden der Fremden und die Unterhaltung eines schwunghaften Verkehrs nach Außen hin. Dies würde aber beiden Stadtheilen entzogen, wollte man die Bahnhöfe nach der Altstadt Seite verlegen.

Mannheim, 31. Dec. — Wegen des Briefwechsels zwischen einem ehemaligen und einem jetzigen Diplomaten, Mannheim J. Bensheimer sind vier Prozesse gegen diesen Verfasser, Obergerichtsadvokaten von Struwe hieselbst, eingeleitet worden. Der 2. Band dieses Werkes, welcher vor kurzem unter dem Titel: „politische Briefe“ erschien, hat bereits zwei Prozesse gegen deren Verfasser zur Folge gehabt. Den ersten gewann derselbe, der zweite ist noch nicht definitiv entschieden. Letzterer beruht auf einer Anklage wegen entsetzten Versuchs des Hochverrathes und grober Beleidigung des Staatsministers von Böck, Geh. Rath Jolly, und Staatsministers und Bundestagsgeandten Herrn. von Bitterdorf. Das groß. Stadtm. Mannheim hat auf den Grund dieser Anklage die „politischen Briefe“ von neuem mit Beschlagnahme und eine Untersuchung gegen deren Verfasser eingeleitet. Ein weiterer Antrag des Staatsanwalts, denselben wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchung zu nehmen, wurde vom groß. Stadtm. abgelehnt. Die beiden angeführten Bände haben also deren Verfasser im Laufe weniger Monate nicht weniger als sechs Prozesse zugezogen, ohne daß übrigens bis jetzt ein einziger rechtskräftig zu seinem Nachtheile entschieden worden wäre.

Der Frankfurter Merkur schreibt: Die Sitzungen der Bundesversammlung werden in den nächsten Tagen wieder beginnen und damit eine Reihe Berathungen eröffnet werden, welche zu den wichtigsten gehören, die seit Jahren stattgefunden haben. Die allgemeinen Zustände Deutschlands, die Bewegung der öffentlichen Meinung, die Religionsfragen, die ständischen Verhältnisse, die Presse u. s. w. werden in den Kreis der Discussion gezogen werden. Es haben zu diesem Behufe zwischen den größeren Mächten bereits vorbereitende Verhandlungen stattgefunden und das Gerücht dürfte wohl nicht ganz unbegründet sein, daß man auf der einen Seite Zugeständnisse zu machen beabsichtigt, während man auf der andern einschneidender und kräftiger auftreten wolle.

Von der Rheinl., 29. December. (Fr. Z.) Ein Alt hochbergiger Denkungsart hat in hiesiger Gegend freudige Sensation erregt. Der Graf Carl zu Hohenburg und Wüdingen in Meerholz hat kürzlich den Bewohnern des zu seiner Standesherrschaft gehörigen Amtsbezirks Meerholz für die Dauer seines Lebens sämtliche Frohnden erlassen.

De s e r r e i c h.

Wien. (Fr. Z.) Dieser Tage soll ein Courier aus Mailand die Nachricht überbracht haben, daß man an dem Wiederausbruche meuterischer Bewegungen im Kirchenstaate nicht mehr zu zweifeln habe. Privatbriefe aus Ancona und Venedig melden jedoch nichts, was zur Bestätigung dienen könnte. Unsere Regierung scheint indes guten Grund zur Anordnung von Vorsichtsmaßregeln gehabt zu haben, und zwar diesmal nicht bloß bezüglich der adriatischen Küste und der Grenze des Kirchenstaates, sondern auch bezüglich der sardinischen, wohin Emisäre theils von der Schweiz, theils von den mittelitalienischen Staaten aus neue Elemente der Unordnung getragen haben sollen.

Frankreich.

Paris, 30. Decbr. — In der heutigen Sitzung der Deputirten-Kammer wurde zur Abstimmung über die Wahl des Vice-Präsidenten geschritten. Das Resultat war folgendes: Herr Bignon erhielt 210, Herr Lepelletier d'Aunay 202, Herr Debellemme 189, Herr Duprat 188 Stimmen. Murren auf den Bänken der Linken begleitete die Verkündung dieses Resultats, welches den Sieg der von den Conservativen vorgeschlagenen Candidaten bestätigte. Nach diesen, welche somit zu Vice-Präsidenten ernannt sind, erhielten die meisten Stimmen die Herren Villault (152), Vivien (146), von Sade (121), von Tracy (117). (Allg. Pr. Z.)

Algier, 20. December. (A. Z.) Abd-el-Kader hat wieder Mittel gefunden, unsern Kolonnen des Centrums zu entweichen und ist nach dem Westen zurückgekehrt. Die Wahrheit zu sagen, hat ihm seine Unternehmung nichts eingetragen. Die Bevölkerungen haben ihn gut aufgenommen, weil er in ihren Augen stets der Held des heiligen Krieges ist; im Allgemeinen aber haben sie sich auf unfruchtbare Kundthungen beschränkt, und nachdem er sie verlassen, ist Alles in das gewöhnliche Gleis zurückgekehrt. Der Emir fängt an, sich über den Einfluß der Bu-Maza zu beunruhigen, die wie Pilze hervorschießen. Es giebt jetzt deren vier, die einzigen Bestand haben, und sich Sultane schellen lassen, nämlich Sid-Mohammed-Buzala, der wahre, der große Bu-Maza, der Scherif par excellence, der das Dabra, die Filza und das Waransenis aufwiegelt. Außerdem ist bei den Filza ein gewisser Sid-Mohammed-Ben-Abdallah, bei den Sdama ein Sid-Abdel-Kader-Ben-Mschellul, und zu Gila ein Sid-Hassan, der sich auch mit dem Titel eines Souverains schmückt. Das sind die Soldaten des heiligen Krieges, die Mud-scha-Medin, die einander gegenseitig befehlen und also, ohne es zu wollen, für uns arbeiten, denn diese Unordnungen erleichtern die Befriedung. In Ermangelung eines Bessern betreibt der Emir wieder die Auswanderung der Stämme nach Marokko. Er sieht darin einen doppelten Vortheil: er schafft sich in Marokko eine ergebene Bevölkerung, die ihn bei seinen Anschlägen auf dieses Reich unterstützt; er glaubt uns überdies auszuhungern, wenn er das Land leert. Dieser Plan ist nicht übel ausgedacht, und deswegen ist man in diesem Augenblick auch mehr beschäftigt, diese Auswanderung in Masse aufzuhalten, als den Aufstand zu unterdrücken.

Spanien.

Madrid, 23. Dec. — In Folge von Unordnungen, die in der Schulanstalt, genannt Colleg von St. Carlos, stattgefunden hatten, sind die Vorlesungen suspendirt worden.

Großbritannien.

London, 29. Dec. — Der Herald hat die neueste indische Post mit einem außerordentlichen Courier erhalten. So viel geht daraus hervor, daß der Krieg in Punjab unermüdlich heilt. Der General-Souverneur ist auf Alles gerüstet und man erwartet eine Collision zwischen den britischen Truppen an der Grenze und dem Heere der Sikhs, welches in drei Abtheilungen den Engländern entgegenzog. Dem Oberbefehl dieser drei Divisionen führen Tej Singh, Lal Singh und Jwar Singh. Die Königin regiert noch fort. Ghoolab Singh blieb zu Jamosa.

In der von der amtlichen Gazette veröffentlichten Einberufung des Parlaments, ist diesmal der gewöhnliche Ausdruck „zur Erledigung der öffentlichen Geschäfte“ vertauscht mit dem prägnanteren: „zur Erledigung verschiedener dringender und wichtiger Sachen“.

Trotz der Rückkehr Pells erhält sich das Gerücht von einer bevorstehenden Auflösung des Parlaments, daher dauern auch Wahlvorbereitungen in vielen Theilen des Landes fort, wo sie nicht durch eingetretene Vacanzen oder Ernennungen zu Staatsämtern veranlaßt werden.

Niederlande.

Haag, 29. December. — Die Stelle, weshalb der Bliesinger Zeitung ein Pressprozeß gemacht worden, lautet folgendermaßen: „Was kann die Nation von einer Kammer erwarten, für deren meisten Glieder Geld der einzige Zweck ist; die sich nicht als den Schuttdamm der Nation betrachten, sondern in ihrer Vollmacht nur eine Brücke zu Ämtern erblicken, mittelst welcher sie für sich und ihre Familien den besten Nutzen aus der Regierungselche gewischen. Hierin besteht, mit weniger Ausnahme, die ganze Politik Derjenigen, die man als unsere Stellvertreter zu betrachten, und gezwungen.“ — Das Amsterd. Handelsbl. liefert beinahe täglich ein Verzeichniß gestrandeter Schiffe.

Italien.

Venedig, 26. December. (A. Z.) Es geht das unverbürgte Gerücht, im März werde der König von Preußen in Venedig mit der heimkehrenden Kaiserin von Rußland zusammentreffen.

*) Dieser wäre nach dem bekannten Verhör der Ähre.

Miscellen.

* Breslau, 3. Januar. — Die Augsburger Allgemeine erzählt uns, daß dem Kaiser von Rußland in Rom täglich viele hunderte von Bettelbriefen zugekommen sind, ja daß bei einer einzigen Fahrt durch die Stadt 1600 solcher Briefe in den kaiserlichen Wagen geworfen wurden. Es ist dies ein Beleg zu der großen Armuth in der allerchristlichsten Stadt, und zugleich dafür, daß man den eigenen Armenanstalten weniger vertraut als der Großmuth eines den römischen Glauben verfolgenden fremden Herrschers.

* „Ein Tag aus der böhmischen Geschichte“ heißt eine bei Grunow in Leipzig erschienene Broschüre, die wir als lesenswerth empfehlen können. Nach der Schlacht am weißen Berge kam unendliches Elend über Böhmen. Anfangs schien alles ruhig und sah es aus, als ob der Kaiser sich mit der Unterwerfung des Landes begnügen wollte, einige Monate verfloßen ruhig, und hoffnungsvoll athmeten die Böhmen wieder auf, und die Geflüchteten und Verborgenen kamen voll Vertrauen wieder zum Vorschein. Dies nur wollte man, und die Einkerkelungen begannen. Ein fürchterliches Blutgericht wurde in Prag niedergesetzt, bei welchem Fürst Carl von Lichtenstein den Vorsitz hatte; dieses führte den Bistag herbei, worüber wir ein Buch von einem Zeitgenossen besitzen, das niedergeschrieben ist unter dem Eindrucke der grausenollen Scenen. Obgenannte Broschüre giebt einen Auszug daraus.

Leipzig, 31. Dec. Durchmustert man am Schlusse des zu Ende gehenden Jahres die Reihe der jetzt regierenden Souveraine, so ergibt sich, daß von den 52 Souverainen europäischer Abkunft (mit Einschluß des Kaisers von Brasilien) beim Beginn des Jahres 1846 einer über 80 Jahre alt ist, nämlich der Papst (80 Jahre 3 1/2 Monate), seit dem Tode Karl Johann's von Schweden der älteste Souverain in Europa. Von den übrigen sind noch 2 über 70 Jahre alt, nämlich der König von Hannover, welcher 74 Jahre 7 Monate, und der König der Franzosen, welcher 72 1/2 Jahr alt ist; zwölf (worunter der König von Württemberg, der Kurfürst von Hessen und die Großherzoge von Hessen-Darmstadt, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Weimar und Oldenburg) sind 60—70 Jahre; zwölf (worunter der Kaiser von Oesterreich, die Könige von Baiern, Dänemark, Preußen, der Belgier und der Niederlande, sowie der Großherzog von Baden) 50—60 Jahre; dreizehn (worunter der Kaiser von Rußland, die Könige von Sachsen, Sardinien und Schweden, der Großherzog von Toskana) 40—50 Jahre; drei (die Könige von Sicilien und Griechenland, der Herzog von Braunschweig) 30—40 Jahre; sieben (die Herzoge von Nassau und Sachsen-Koburg-Gotha, die Königinnen von Portugal und Großbritannien, der Großherzog v. Mecklenburg-Schwerin, der Großsultan und der Kaiser von Brasilien) 20—30 Jahre; endlich zwei sind nur 10—20 Jahre alt, nämlich die Königin von Spanien, welche noch nicht 15 1/2 Jahre alt ist, und der Fürst von Waldeck, welcher erst am 14. Jan. sein 15. Jahr vollendet. Der Letztere regiert seit dem am 15. Mai d. J. erfolgten Tode seines Vaters, des Fürsten Georg; ein anderer Regierungswechsel hat im Jahre 1846, so viel bis heute bekannt ist, nicht stattgefunden. Unvermählt sind sieben Souveraine, nämlich außer dem Papste die Königin von Spanien, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, der Herzog von Braunschweig und die Fürsten von Reuß-Schleiz, Reuß-Lobenstein-Ebersdorf und Waldeck; eben so viel sind verwitwet. Die andern 38 sind vermählt, und zwar 10 zum zweiten, 2 (der König von Württemberg und der Kurfürst von Hessen) zum dritten Male, ferner einer (der zuletzt Genannte) in morganatischer und einer (der Großsultan) in polygamischer Ehe. Von den 45 verheiratheten und verwitweten Souverainen sind (ohne Rücksicht auf Kinder aus morganatischer Ehe) zwölf zur Zeit kinderlos, nämlich der Kaiser von Oesterreich, die Könige von Preußen, Sachsen und Griechenland, die Herzogin von Parma, die Herzoge von Anhalt-Bernburg, Anhalt-Köthen, Sachsen-Koburg-Gotha und Nassau, die Fürstin von Hohen-Zollern-Hechingen und Schwarzburg-Rudolstadt und der Landgraf von Hessen-Homburg; zwei haben nur Töchter, nämlich der Herzog von Sachsen-Altenburg und der Fürst von Reuß-Greiz. Die übrigen 31 haben männliche Erben (Erben oder Kronprinzen), von denen 14 verheirathet sind und 8 bereits selbst Kinder haben. Der älteste Erbprinz ist der über 43 Jahre 4 Monate alte Kronprinz von Hessen-Kassel, der jüngste der am 23. Febr. d. J. geborene Kronprinz von Brasilien. In Ermangelung männlicher Erben haben 14 Souveraine Seitenverwandte (und zwar 12 von ihnen Brüder, einer eine Schwester, einer einen Vetter) zu ihren präsumtiven Nachfolgern, welche bis auf 4 vermählt sind und Kinder haben. Ohne Erbprinzen und präsumtive Nachfolger sind demnach 7 Souveraine, nämlich außer dem Papste, die Herzogin von Parma, die Herzoge von Anhalt-Bernburg, Anhalt-Köthen und Braunschweig, die Fürsten von Reuß-Lobenstein-Ebersdorf und Reuß-Greiz. — Von allen Souverainen haben (wenn vom Großsultan abgesehen wird, welcher neun

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

Kinder haben soll), die meisten lebenden Kinder, der König von Bayern und die Fürsten von Liechtenstein und Lippendorf, nämlich jeder acht; der Großherzog von Baden hat sieben, der Kaiser von Russland, der König der Franzosen, der Großherzog von Toscana und der Fürst von Schaumburg-Lippe haben jeder 6 Kinder. Die meisten Enkel hat der König der Franzosen, nämlich 13. Von den Gemahlinnen (und Gemahlen) der Souveräne ist die älteste die Königin der Franzosen, 63 Jahre 8 Monate alt, die jüngste aber aber die Kaiserin von Brasilien, 23 Jahre 9 1/2 Monate alt; unter den 24 Gemahlinnen der Erbprinzen und präsumtiven Nachfolger, ist die älteste die Gemahlin des Prinzen Gustav von Hessen-Homburg, 47 Jahre 10 Monate alt, die jüngste die Erbprinzeßin von Schaumburg-Lippe, 18 1/2 Jahr alt. Im Jahre 1845 sind, so viel bis jetzt bekannt geworden, in den Familien der regierenden Häuser folgende Veränderungen vorgegangen: I. Neun Todesfälle. II. Drei Vermählungen. III. Neunzehn Geburtsfälle von elf Prinzen und acht Prinzessinnen. (D. A. Z.)

Mainz, 28. Decbr. Ein gräßlicher Vorfall hat sich heute hier ereignet. Ein Darmstädter Soldat war mit einem jungen, erst zwanzig Jahre alten Dienstmädchen, zu welchem er dem Vernehmen nach in nähren Verhältnissen stand, in Wortwechsel gerathen. In Folge desselben zog der, wie einige sagen, betrunkenen Artillerist seinen Säbel und spaltete damit dem unglücklichen Mädchen den Kopf. Erbrachte derselben überhaupt mehrere Wunden bei, indem er ihr beide Arme bis auf den Knochen durchhieb und sogar das kleine Kind, das sie auf den Armen trug, verwundete. Die gefährliche Verletzung, die auch heute Abend noch den Tod des Dienstmädchens herbeiführte, ist eine tiefklaffende Kopfwunde. Der Thäter entfloh alsbald; wurde aber schon diesen Nachmittag gefänglich eingebracht. (M. Z.)

Der berühmte französische Seemaler Gudin dürfte, der Düsselb. Zeit. zufolge, in einen eigenthümlichen Proceß verwickelt werden, der dann aber wahrscheinlich zu dessen Gunsten ausfallen würde. Während seines letzten Aufenthaltes in Deutschland bestellte nämlich der Bankier J. in P. ein Tableau für zehntausend Fr. bei ihm, dessen Gegenstand und Ausführung er dem Künstler gänzlich überließ. Hr. Gudin hat nun ein Gemälde,

welches Genua im Nebel darstellt, eingesendet, das dem Empfänger aber nicht gefällt.

Offenbach, 30. Decbr. — Gestern kam hier ein schauderhafter Mord ans Tageslicht. In der Frühe um 5 Uhr fand nämlich ein Bäckerlehrling, als er in der Remise Holz holen wollte, den Rumpf und den rechten Arm eines ohngefähr 6—8jährigen, vor etwa 6—7 Tagen getödteten Kindes, als eben eine Kage daran saß. Nachdem der Bäckermeister L. um halb 8 Uhr der Polizeibehörde die Anzeige hiervon gemacht, fanden sich diese und gleich darauf die Gerichtsbehörde an Ort und Stelle ein. In der Gegend, wo sich jener Körpertheil vorfand, stießen die Höfe und Gärten vieler Häuser aufeinander, deren Einfriedigungen leicht zu übersteigen sind. Es mußte zunächst die Vermuthung entstehen, daß der Mord in einem der umliegenden Häuser stattgefunden habe. Vor Allem durchsuchte die Polizei die einige Schritte von der Remise entfernte tiefe und ganz mit Flüssigkeiten angefüllte Dungs- und Abtrittsgrube, wo sich sehr bald ein mit Blut bedecktes Kinderhemd, das linke Bein eines 6—8jährigen Kindes und einige abgekochte Theile von den Schenkeln eines Kindes fanden. Beim Hierauf erfolgten Ausschöpfen der Grube fand sich der Kopf nicht, nachdem ganz besonders gesucht ward, weil Niemand wissen wollte, daß ein Kind vermißt werde. Jetzt erst entdeckte der Bäckermeister L. und die vielen Angehörigen des Hauses den anwesenden Beamten, daß des Erstereu eben ausgegangene und nicht wieder zurückgekehrte Magd, Katharina B., von Schlich, ein 6—7jähriges Kind — ein Mädchen — vor kurzem im Hause gehabt habe, das auswärtig in Pflege gewesen sei und für das sie das Kostgeld nicht habe entrichten können. Sofort fanden sich auch Blutspuren in der Kammer der Magd und nun erklärte auch der im nämlichen Hause wohnende Kupferschmied F., daß er vor 6—7 Tagen Abends 11 Uhr in der Magdkammer ein Hacken gehört habe. Inzwischen hat sich dem Vernehmen nach ergeben, daß die Hausangehörigen den Mord auf eine kräftige Weise begünstigt haben. Die Verdächtige hat bis jetzt auf ihrer Fucht nicht eingeholt werden können.

Marseille, 20. Decbr. — Vor einigen Monaten hatte sich ein älterer Geistlicher der Abbe Vignals (66 Jahr) in einem hiesigen Hotel erhängt. Er hatte seinen Neffen zum Erben eingesetzt, aber auch einen Brief

an ihn zurückgelassen, in welchem er ihn aufforderte, eine Verschreibung von 2000 Franken, an gewisse Personen, die ihm abgezungen worden sei, nicht zu bezahlen. Da dem Neffen nun wirklich von einem hiesigen Schulmeister, Namens Gros, eine solche Verschreibung vorgezeigt wurde, veranlaßte der Erbe eine Untersuchung der Sache. Es hat sich dabei herausgestellt, daß dieser Gros eine junge Dienstmagd besaß, mit der er, obgleich verheirathet, in unerlaubten Verhältnissen lebte, und daß diese Magd zugleich die Leidenschaft des alten Abbe lebhaft anzuregen gewußt hatte. Diesen Umstand benutzte Gros, er bestimmte das Mädchen, den Abbe zu einem Besuch zu veranlassen, überraschte diesen dann, wie zufällig, zwang ihm so den Wechsel ab, und wurde Veranlassung zum Selbstmorde des alten Mannes. Die Strafe hat ihn aber ereilt, denn er ist jetzt, der That schuldig, zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt worden; das Mädchen zu 5 Jahren.

Neapel, 16. December. (A. Z.) In den letzten Tagen der vorigen Woche ermordete hier in der Kirche de Girolomini in der Sacristei ein Geistlicher den andern, indem er ihm mit einem Rasirmesser den Hals abschnitt. Die Kirche ist geschlossen, das Allerheiligste ist fortgetragen und es bedarf einer Sühnung der Loskaltäten. Der Thäter ist sogleich verhaftet, es herrscht große Entrüstung über diese That. (A. Z.)

(Punch besorgt eine gänzliche Abschaffung des Rauches.) Der Herzog von Wellington, sagt er, hat das Rauchen in der Armee verboten, die unschuldige Isabella hat es den spanischen Studenten untersagt, und der König von Neapel hat, wie wir vernehmen, ein ähnliches Verbot an den Vesuv ergehen lassen. Wenn das so fortgeht, so werden wir theils gar nichts mehr haben was wie Rauch aussieht, ausgenommen königl. Reden.

Konstantinopel, 10. December. — Vor einigen Tagen wurde der Redacteur eines der französisch-türkischen Journale in Pera selbst von den Türken aufs grösste mißhandelt. An einer Herde Kurden (Opfer-) Schafe, welche für die Feste des Batram bestimmt waren, harmlos vorübergehend, wurde er von den Leibern unversehen angefallen und durchgeprügelt. Der Grund davon war ein Volksvorurtheil, nach welchem das quer über die Straße Gehen an einer Opfer-Heerde Verbrei von schlimmer Vorbedeutung ist, welche dem Opfernden Unheil bringt.

Schlesischer Nouvelles-Courier.

Tagesgeschichte.

†† Von der Pomm. 1. Jan. — Meine Mittheilung über die Fischbacher Gemeindeverhältnisse in No. 281 Ihrer Zeitung v. J. haben so viel Aufmerksamkeit gefunden, daß der Hirschb. „Boten“ in No. 52 den Artikel, mit Bemerkungen begleitet, zur allgemeineren Kenntniß der Dorfgemeinden gebracht hat. Bekanntlich werden die Zeitungen nur von wenigen Personen auf dem Dorfe, in sehr vielen Dörfern gar nicht gelesen. Der „Boten“ würde sich daher ein großes Verdienst um die bürgerliche Bildung des Volkes erwerben und die Reform der Gemeindeverfassungen wesentlich fördern helfen, wenn er dafür Sorge trüge, daß solche Artikel, wie er in No. 52 gebracht hat, wenn wir auch nicht vollständig damit einverstanden sein können, recht oft in seinen Spalten erschienen. Er regt an und geht in Besprechungen Anlaß. Wir behalten uns unsere Gegenbemerkungen für heut vor. Daß die Red. des Boten Aufsätze über Kommunal-Verwaltung nur gegen Inflationen abzuheben, wie neulich hier an einem öffentlichen Orte behauptet wurde, können wir nicht glauben, wenn uns auch der Umstand, daß sehr wenig über die städtischen Angelegenheiten veröffentlicht wird, dafür zu sprechen scheint und auch wirklich als Grund angeführt ward. Ich glaube eher, daß man in den Städten von dem Veröffentlichungseifer etwas zurück gekommen ist. Es hat Alles seine Zeit und nicht alle Leute lieben die Deffentlichkeit. Es ist eigentlich heute meine Absicht, Ihnen über die vorgestern in Fischbach stattgefundene Gemeindeversammlung zu berichten. Sie ward Nachmittag 2 Uhr im Gerichtsschramm von dem L. Kreislandrath im Beisein des Hrn. Amtmann Schimble und der Ortsgerichte eröffnet. Der Hr. Landrath trug zunächst der Gemeinde vor, wie Sr. L. Hoh. der Prinz Wilhelm von Preußen als Grundherr der Gemeinde den bisherigen Ortsrichter als dessen Antrag seines Amtes, das er seit 1832 geführt, unter Bezeugung seiner Zufriedenheit, entlasse. Darauf ward der Gemeinde der von der hohen Grundherrschaft erwählte neue Richter, welcher bereits Vormittags seinen Dienstkleid geleistet, vorgestellt und mit den Insignien des Amtes (Richterstab, Armband mit Schleife und Gerichtssiegel) versehen. Nach diesem wurde der Gemeinde die Regulirung der von den Deputirten gezogenen Monita's nebst den landrätthlichen Verfügungen darüber Punkt für Punkt vorgelesen und sodann die bescheid in Vorschlag gebrachte Fixirung der Gemeindebes-

amten vom Landrath zur Sprache gebracht. In Beziehung auf eine etwaige neue Gerichtsschreibervahl erklärte derselbe jedoch, daß der Gerichtsschreiber in allen Gemeinden auf Lebenszeit angestellt sei. Nachdem der Landrath sich entfernt hatte, schritt man zur Wahl der neuen Deputirten; sie blieben bis auf einen, der durch eine andere Kraft ersetzt ward. Was die Fixirungen anbelangt, so wurden dem Gemeindevoten jährlich 15 Rthl., dem Steuererheber (Gemeindevoten) 20 Rthl. festgesetzt. Weit schwieriger war es, eine Vereinbarung mit dem Gerichtsschreiber zu Stande zu bringen, da er 50 Thlr. verlangte und die Gemeinde nur 20 Thlr. bewilligen wollte. Nach einer wenig erquicklichen Debatte wurden auf vorläufig Ein Jahr 30 Thlr. zugestanden und resp. angenommen. Die Gemeinde war mit der Wirklichkeit ihrer Deputirten sehr zufrieden und sie hofft von der neuen Einrichtung das Beste um so mehr als auch die Richterwahl auf einen Mann gefallen ist, der wohl das Vertrauen des größten Theils der Gemeinde besitzt. Wenn wir die Angelegenheiten der Gemeinde Fischbach verfolgen, so geschieht es, weil wir darin einen Keim sehen, der sich wohl thätig auch in anderen Gemeinden entwickeln könnte. Kann man bei sehr vielen Gemeinden auch voraussetzen, daß ihnen die Herrschaft einen Mann zum Richter geben wird, den sie selbst auch nicht tüchtiger, wenn auch vielleicht mit mehr Debatten, wählen würde; so muß man doch des Princips wegen wünschen, das in einer späteren Gemeindeverfassung die Richterwahl den Gemeinden selbst überlassen werde.

* Aus Oberschlesien, Anfang Januar. — In den letzten Tagen des vorigen Monats reiste ein junger Mann mit der oberschlesischen Eisenbahn von Breslau nach Oppeln. Bei der Spätausgabe fand sich ein Stück von des Reisenden Passagiergute nicht vor. Zu weiteren Nachforschungen auf dem Gepäckwagen fehlte es momentan an Gelegenheit, denn während der Entdeckung des Defectes brauchte der Zug bereits weiter fort. Der Reisende gab im Bureau seine Adresse ab und reiste mit der Post nach Kreuzburg ebenfalls sogleich weiter. Hier erhielt er auch am zweiten Tage über die Post das untereßte des Königsbüttel gefahrene Stück nachgeliefert aber — auf seine Kosten! Wir fragen hiermit: mit welchem Rechte lassen sich die oberschlesischen Eisenbahnbeamten ihre Versehen und Unordnungen vom reisenden Publikum auch noch

bezahlen? Ist es nicht schon übrig genug, daß dem Reisenden im obigen Falle aus dem unverschuldeten Entbreiten seines Gepäcks allerlei Unbequemlichkeiten erwachsen? Die Post sendet solche verschahene Poststücke portofrei nach. Ist dieses Verfahren der oberöschl. Eisenbahn unbekannt oder zu human und billigt? Wir bitten um genügenden Aufschluß.

Einem Privat Schreiben aus Larnowitz entnehmen wir, daß bereits am 19. v. M. alle wegen der bekannten Excesse inhaftirten Larnowitzer bis auf Weiteres aus dem Inquisitoriat zu Ratibor entlassen; und in Begleitung der Untersuchungs-Commission wieder in L. eingetroffen sind. (Kos. Kreuzb. Zeig.)

Der Köln. J. wird aus Schlessen geschrieben: Unter den Personen, welche sich in Oesterreich hochverdient um das allgemeine Wohl machen, steht der jetzige Fürst Bischof von Breslau, Freiherr Melchior von Diemberg, obenan, durch die von ihm eifrig betriebene Errichtung von Flachs-spinnschulen, deren Zahl in Böhmen immer mehr im Wachsen begriffen ist. Dieses Vorantzen Böhmens vor Schlessen muß jeden wahren Patrioten mit Trauer im Herzen erfüllen! Schon jetzt ist es so weit gekommen, daß wir in Schlessen keinen einzigen Wasen bedeutenden Auftrags auf Leinwand, ohne Böhmen zu Hülf zu nehmen, ausführen können, sei es, daß wir die fertige Leinwand von dort kaufen müssen oder die Garne. Unsere Fabrikanten säßen täglich immer mehr, daß alles Heil in der Beförderung des Handgespinnstes zu suchen sei; die noch eingehenden Vorstellungen lauten immer mehr auf reelle Handgespinnst-leinen, so daß es bereits recht dringend an Schußgar-nen von Handgespinnst zu fehlen beginnt. Dennoch sind bis jetzt in Schlessen nur einzelne, unzulängliche Schritte zur Anlegung von Spinnschulen geschehen. Die Fabrikanten verlangen Alles vom Staate gethan, und dieser, d. h. das jetzige Finanzministerium Fott-well, hat sich ganz abgeneigt erklärt zur Gewährung derartiger Unterstützungen, während das Finanzministerium Bodelschwingh in entgegengelegter Ansicht handelte und Staatsunterstützung geradezu verheißt! Unsere Grundbesitzer sind in der Nothgedrungen zu beschränkt, um die Wichtigkeit der Leinwandfrage für sich und das ganze Vaterland nur zu begreifen, geschweige denn um ernsthafte Anstalten zum Bessern treffen zu sollen. Der Fürstbischof von Diemberg zählt denen, die seine er-

richteten Spinnschulen besuchen, anfänglich vollen Tageslohn und schenkt ihnen obendrein das, was sie als Arbeitslohn aus ihrem Gespinnste lösen. Warum fehlt es uns in Schlesien an solchen Beförderern des Guten? Warum wollen Leute, wie die Geschw. Kramsta und Söhne in Freiburg, welche Millionen an der echten Handgespinnst-Leinwand gewonnen haben, gar nichts zur Errichtung von Spinnschulen thun?

Liegnitz. (Amtsbl.) Von der hiesigen Königl. Regierung ist der zeitliche Schulamts-Kandidat Heinrich Laubichter als Rector der vereinigten Schulen zu Nieder-Wiesa mit Greiffenberg bestätigt worden. — Dem Kaufm. C. W. Gernß in Glogau nun dem Land- u. Stadt-Gerichts-Actuar Buschmann in Lauban ist zur Uebernahme einer Special-Agentur für die Geschäfte der Feuerversicherungs-Gesellschaft Borussia zu Königsberg in Preußen die Genehmigung erteilt worden.

Doppel. (Amtsbl.) Durch die Lebensrettung Ertrinkender haben sich verdient gemacht: der königliche Lieutenant in der Abtheilung der 6ten Artillerie-Brigade, Herr Kurgas zu Reisse, welcher den 7 Jahr alten Sohn des hiesigen Bürgers und Schankwirths Hiller aus dem Bielekanal gezogen; der Stiefsohn des Hüttenvogts Franz Sendel, Namens Anton Sogniza, zu Stahlhammer, Lubliner Kreises, welcher den beim Baden verunglückten, achtjährigen Sohn des Gerichts-Executors Neumann daselbst gerettet, und der Schuhmacher August Huch aus Rastow, welcher den Knecht Peter Scholz, aus der Reisse gezogen hat. — Der Dr. med. Wilhelm Proße zu Bauerwitz, der Tischlermeister Joseph Korger, und der Instrumentenversetzer August Groß zu Patzschau, sind zu unbefoldeten Rathmännern auf sechs Jahre erwählt und bestätigt worden; auch hat an letzterem Orte der seitherige unbefoldete Rathmann Heinrich Merkel, die Bestätigung auf anderweite sechs Jahre erhalten. — Die Kreis-Steuer-Einnehmerstelle zu Greusburg, ist dem seitherigen Steuer-Amts-Assistenten Bacharias verliehen; der seitherige interimistische Domänen-Rentmeister und Forst-Rassen-Rendant Nolda zu Kupp, definitiv; der Reglerungs-Supernumerar Tarnogrodski als Domänen-Rentmeister und Forst-Cassen-Rendant zu Rybnick angestellt; der Feldwebel a. D. und Militär-Supernumerarius Nische zum Reglerungs-Bureau-Assistenten befördert, und dem Reglerungs-Supernumerar Kulich, die erledigte Kreis-Secretärstelle in Rybnick verliehen worden. — Der bisherige interimistische Schullehrer Schüller zu Kleuschnitz, Hertel zu Kochitz, sind definitiv angestellt, dem seitherigen Schullehrer Trautmann zu Frankenberg die Organisten- und Schullehrerstelle zu Bockendorf, Reisser Kreises verliehen; der seitherige unbefoldete Rathmann Jenschura zu Constadt auf anderweite sechs Jahre erwählt und bestätigt, und der Divisions-Schreiber, invalide Unteroffizier Proße als Polizei-Registrator in Reisse angestellt worden.

Literatur.

Geschichte des deutschen Adels, urkundlich nachgewiesen von seinem Ursprunge bis auf die neueste Zeit, von Dr. C. F. v. Strang. 3 Theile. Mit einer Wappens- und Siegeltafel in Quer-Folio. Breslau, L. R. R. Kühn'sche Verlagsbuchhandlung.

Der Verf., Hr. Dr. v. Strang, hat in Vorliegendem ein Werk geliefert, das, ungeachtet es einen speziellen Gegenstand behandelt, doch auch für die allgemeine Geschichte von nicht geringer Wichtigkeit ist, zumal wir in dieser Ausführlichkeit noch keine Geschichte des deutschen Adels besaßen. Die Quellen fließen allerdings reichlich, aber um so schwieriger war es auch, sie zu sondern und das Widersprechende mit einander zu vereinigen. Einzelne geschichtliche Gegenstände sind hier fast ganz neu oder wenigstens auf neue Weise behandelt, so z. B. das erste Vorkommen der Geschlechtsnamen, in Beziehung auf die Nachweisung des Erbadeis und den Ursprung des Ritterthums. Was den politischen Standpunkt des Verf. betrifft, so gestehen wir aufrecht, daß wir bei einem Werke, das fast blos mit gelehrten Forschungen zu thun hat und sich ebendeshalb von Zeitansichten möglichst fern hält, wenig nach demselben fragen; der Verf. selbst sagt darüber in der Vorrede, daß er sich den Verdacht gefallen lassen müsse, den Adel aus dem aristokratischen Gesichtspunkte beurtheilt zu haben, obgleich er fern von allem Kosengeist und Fälschung der Stände sei, was nur zur Einseitigkeit führe und der jetzigen Civilisation nicht mehr entspreche. Das Werk zerfällt in 3 ziemlich umfangreiche Theile: 1) der deutsche Adel im Mittelalter; 2) das Lehnswesen und Lehnrecht in Deutschland; 3) der deutsche Adel seit dem Anfange des 16. Jahrhunderts bis jetzt. Jedem Theile ist, als notwendig zum Verständniß, eine allgemeine geschichtliche Uebersicht vorausgeschickt; mit besonderer Ausführlichkeit ist der erste Theil behandelt. Hier finden wir auseinandergelegt: den Ursprung und die Ausbildung des hohen und niederen Adels, die Abkunft der Stände: Dynasten, Vasallen, Ministeriale u. s. w. Bezüglich der Erblichkeit der herzoglichen und gräflichen Würden, Beilegung der Prädikate, Ursprung der Geschlechtsnamen; ferner die Ritterorden, Lehnswesen und Wappenkreise, Wappens- und Siegelrechte; die Kriegsverfassung im Mittelalter, Veranlassung und Beispiele von Kriegen, Zweikämpfe, erster Gebrauch der Feuerwaffen; Heroldswissenschaft, Heraldik, Turniere u. s. w. Auch im 2ten Theile finden wir mehrere dem Verfasser eigenthümliche Forschungen, obgleich der in demselben behandelte Gegenstand: „das Lehnswesen und Lehnrecht in Deutschland“ schon vielfache Bearbeitungen erfahren hat, da es einer der wichtigsten Gegenstände in der Geschichte des Mittelalters ist. Im 3ten Theile, welcher die neuere Zeit behandelt, heben wir besonders hervor das dritte Kapitel über die reichsunmittelbare Ritterschaft, Landstände, mittelbare Ritterschaft, Untersassen und deren Befreiung von der Leibeigenschaft; das sechste: dem Adel zustehende Orden, Präbenden, Erziehungsanstalten und Ober-Heroldsbämter; das zehnte: Landes- und provinziell-ständische Verfassungen in den Bundesstaaten seit dem 19ten Jahrhundert, und der hierbei theilhaftige Adel. — Der Raum gestattet uns nicht, weiter auf das Einzelne einzugehen, doch wird man aus dem Angeführten erkennen, daß das Werk äußerst reichhaltig ist und mehr gewährt, als der Titel und erwarten läßt, da der Verfasser die dem Adel verwandten Gegenstände mit in den Bereich seiner Forschungen gezogen hat. Die äußere Ausstattung des Werkes von Seiten der Verlagsbuchhandlung verdient alles Lob.

Breslauer Getreidepreise vom 3. Januar.

	Beste Sorte:	Mittelsorte:	Geringe Sorte
Weizen, weißer . . .	97 Sgr. 90	90 Sgr. 75	87 Sgr.
Weizen, gelber . . .	95 " 84	" 70	" 67 1/2
Gerste	69 " 67 1/2	" 65 1/2	" 63 1/2
Roggen	54 " 50	" 48	" 45
Hafer	37 " 30	" 35	" 32

Actien-Course.

Breslau, 3. Januar.
Der Verkehr in Eisenbahnactien war bei matten Coursen von keinem Belang.
Oberschles. Litt. A. 4% p. C. 109 Br. Prior. 100 Br.
dito Litt. B. 4% p. C. 102 Br.
Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% p. C. abgeseh. 109 Br.
Breslau-Schweidnitz-Freiburger Priorit. 100 Br.
Ost-Rheinische (Söln-Rindern) Zuf.-Sch. v. C. 101 1/2 Br.
Nieder-schles.-Märk. Zuf.-Sch. p. C. 101 Gld.
Sächs.-Schl. (Dresd.-Börl.) Zuf.-Sch. p. C. 106 Gld.
Krautau-Oberschles. Zuf.-Sch. p. C. 98 Br.
Wilhelmsbahn (Cosel-Darberg) Zuf.-Sch. p. C. 101 Br.
Friedrich-Wilh.-Nordbahn Zuf.-Sch. p. C. 93 1/2 — 1/2 bez.

Breslau, 4. Januar.

Auf der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn sind in der Woche vom 28ten v. bis 3ten d. Mts. 3259 Personen befördert worden. Die Einnahme betrug 2940 Rthlr. 23 Sgr. 9 Pf.
Im Monat December pr. fuhr auf der Bahn 12,824 Personen.
Die Einnahme betrug:
1) an Personengeid . . . 5690 Rthl. 6 Sgr. — Pf.
2) für Vieh-, Equipagen- und Güter-Transport (78,003 Str. 21 Pfd.) . . . 6507 „ 20 „ 6 „
zusammen 12,197 Rthl. 26 Sgr. 6 Pf.
Im Dec. 1844 sind eingekommen 9,739 Rthl. 29 Sgr. 9 Pf.
im Decbr. 1845 also mehr 2457 Rthl. 26 Sgr. 9 Pf.

Aufforderung.

Die Einreichung der Erziehungs-Berichte und Vormundschafts-Rechnungen für das Jahr 1845 wird den, der Aufsicht des Vormundschafts-Gerichts untergeordneten Herren Vormündern in Erinnerung gebracht und erwartet, daß bis Ende Januar 1846 alle Berichte und Rechnungen eingehen. Nach Ablauf dieser Frist wird die anderweite Aufforderung auf Kosten der Säumigen ergehen.

Die Erziehungs-Berichte müssen vollständig und ihrem Zwecke entsprechend zu den in der Bestallung nach der Nummer bezeichneten Acten erstattet und denselben die Zeugnisse der betreffenden Lehrer über den regelmäßigen Schulbesuch der Pflegebefohlenen beigelegt werden.

Die Unterschrift des Vormundes muß, außer dem vollständigen Namen und Charakter, auch die genaue Angabe der Wohnung enthalten.

Zu den Erziehungs-Berichten erhalten die Herren Vormünder gegen Bezahlung Formulare beim Buchhändler Ueberholz am Ringe.
Breslau den 3. December 1845.

Königl. Vormundschafts-Bericht.

Bekanntmachung

für das gewerbtreibende Publikum.
Nach höherer Anordnung sind vom Januar 1846 ab, alle Gewerbetreibende, welche den Kleinhandel mit Spiritus, Aal, Rum, Liqueur, Brandwein oder Bier allein oder in Verbindung mit andern Artikeln betreiben, Beiträge zum Ablösungs-Fond der vormaligen Bank- und Einzelungs-Gerechtigkeiten in den Terminen am 2ten Januar und 1ten July alljährlich zu entrichten verpflichtet.

Wer diese Termine nicht inne hält, setzt sich den Folgen aus, welche unsere in beiden hiesigen Zeitungen erlassene Bekanntmachung vom 5. Dec. d. J. in Betreff der Gewerbesteuer festsetzt.

Breslau, den 19ten December 1845.

Zum Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Bekanntmachung.

Der Neubau eines Güterschuppens, die Verlängerung des Perrons nebst einigen Eisenarbeiten auf dem Bahnhofe bei Neumarkt sollen an den Mindestfordernden ausgethan werden.

Zu diesem Ende wird ein Termin auf

den 3. Februar c., Nachmittags 1 Uhr

im Inspections-Bureau auf dem Bahnhofe zu Neumarkt anberaumt, zu welchem Unternehmungslustige hierdurch eingeladen werden. Die betreffenden Kosten-Anschläge, Zeichnungen und Licitations-Bedingungen liegen im Betriebs-Bureau hieselbst zu Jedermanns Einsicht bereit und werden Abschriften derselben gegen Copialien-Vergütung gern erteilt.
Breslau den 4. Januar 1846.

Im Auftrage der Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft.
Der Betriebs-Inspector v. Glümer.

Bei W. G. Korn, Schweidnitzer Straße No. 47, sind fortwährend zu haben:

Sämmtliche Taschenbücher und Kalender für 1846.

Niederschlesische Zweigbahn.

Unserer wiederholten Aufforderungen ungeachtet ist der 6te Einschuss auf den Quittungsbogen

Nr. 5600

bis jetzt nicht geleistet worden. Auf Grund des § 11 des Statuts werden daher die darauf gemachten Einschüsse als der Gesellschaft verfallen, der Quittungsbogen selbst aber für erloschen erklärt.

Zugleich fordern wir die Inhaber der Quittungsbogen

Nr. 2246. 8569 bis incl. 8576. 12843 bis incl. 12845.

13536 bis incl. 13541,

auf, welche der von uns unter dem 4. October c. ausgeschriebene 7te Einschuss bis jetzt nicht gezahlt worden ist, hierdurch auf diesen rückständigen Einschuss mit 14 Rthlr. 18 Sgr. 1 Pf. nebst 4 Prozent Verzugszinsen und 2 Rthlr. Conventionalstrafe für jeden Quittungsbogen binnen 4 Wochen an unsere Hauptkasse hieselbst abzuführen, widrigenfalls die bereits geleisteten Einzahlungen für verfallen, die Quittungsbogen selbst aber für erloschen erklärt werden müssen.
Glogau, den 28. December 1845.

Die Direction

der Niederschlesischen Zweigbahn-Gesellschaft.

Zwei schöne Baupläne sind vor dem Schweidnitzer Thor zu verkaufen. Näheres Gartenstraße No. 34, beim Eigenthümer.
Einige Hundert Stück halbe Berliner Bierkrüge sind sofort zu verkaufen Schmiedestraße in 4 Löwen.

Die Weihnachts-Zinsen von den Börsen-Obligationen
werden den **8. Januar** Vormittags von 9 bis 11 Uhr in dem
Amtszimmer auf der Börse jedoch nur unter Beifügung eines mit
Unterschrift versehenen Verzeichnisses der Nummern und Summen der
abzustempelnden Obligationen ausgezahlt.

Breslau, den 5. Januar 1846.

Die geordneten Kaufmanns-Keltesten
Krafer. Molinari. v. Löbbecke.

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter
Seraphine, mit dem Kaufmann Herrn
Robert Dillendorf aus Rawicz, beehren wir
uns Verwandten und Freunden, statt besonde-
rer Meldung, hiermit ergebenst anzuzeigen.

Trebnitz den 4. Januar 1846.

Simon Bandmann.

Charlotte Bandmann geb. Gohn.

Todes-Anzeige.

Heute früh 6 1/2 Uhr ward uns nach Got-
tes unerforschlichem Rathschlus unsere innig
geliebte einzige Tochter, Marie Bannert, in
einem Alter von 18 Jahren 10 Monat
durch das Keuchfieber entzissen.

Tiefgebeugt widmen wir Verwandten und
Freunden diese Anzeige mit der Bitte um
Hilfe Theilnahme.

Breslau den 3. Januar 1846.

v. Podewils, Hauptmann,

Caroline v. Podewils, ver. als Stief-

wittwe gewesen Doctor Eltern.

Bannert,

Todes-Anzeige.

Heute früh starb unsere liebe Elsterchen,
4 Jahr 9 Monat alt, an Herzlähmung.
Allen entfernten Freunden und Bekannten
dies zur Nachricht.

Waldenburg den 4. Januar 1846.

Eindner, Insitarius und Frau.

Ver. Δ 8. I. R. u. J. II.

Theater-Repertoire.

Dienstag den 5ten, zum 3ten Male: „Der
Corporal.“ Lustspiel in 2 Akten nach Krieger
von W. Friedrich. Hierauf zum 3ten Male:
„Die Entfugung.“ Lustspiel in 1 Akt,
von Koberich Benedix. Zum Schluss,
zum 3ten Male: Das Rendezvous im
Paradiesgärtchen. Lustspiel in 2 Akten.

Mittwoch den 7ten, zum 4ten Male: Lore-
Leh, die Fee am Rhein. Große ro-
mantische Oper in 3 Akten von H. Berg.
Musik von Gustav Adolph Heintze.

**Dramatische Vorlesungen von
Holtei,**
im Saale des Königs von Ungarn, um
sieben Uhr.

Dem Wunsche mehrerer Teilnehmer ent-
sprechend, werde ich im Laufe dieses Winters,
und zwar mit dem 16. Januar, für fünf auf
einander folgende Freitage ein zweites Abonne-
ment eröffnen, in welchem neben Werken von
Shakespeare (Was ihr wollt), Voltaire
(Mahomet), Dichterschlager (Correggio) und
Euripides (Ifigenia in Aulis) deren einige
nicht den ganzen Abend füllen, mancherlei
Scherz, Liebespiele u. dergl., vielseitigem
Verlangen gemäß, vorzuführen sollen. Abonne-
mentskarten auf alle fünf Abende sind
für zwei Thaler in der Buchhandlung des
Herrn A. Schulz, Altbücherstraße No. 10,
zu erhalten. Der Preis für einzelne Billets
beträgt 20 Sgr. C. v. H.

Historische Section.

Donnerstag den 8. Januar, Abends 6 Uhr.
Der Secretair der Section Professor Dr.
Köppel: Beiträge zur Geschichte der Jahre
1806 und 1807.

eiß' Garten im neuerbauten Salon

Dienstag den 5ten:
**Großes Abend-Concert der Steler-
märkischen Musik-Gesellschaft.**
Anfang 6 Uhr. Entrée à Person 5 Sgr.
Das Duzend Billets zu 1 Rthlr. 7 1/2 Sgr.
sind in der Musikalien-Handlung des Herrn
Leuchart sowohl, als Abends an der Kasse zu
haben, und sind Dienstag und Freitag gültig.

In Liebichs Lokale

morgen den 7ten:
Großes Concert von einem stark besetzten Dr.
Orchester, wobei Variationen für die Flöte
von Fürstenu, und das Potpourri:
„Überall und Nirgends“ von Ham zur Auf-
führung kommen. Entrée für Nichtabonnenten
2 1/2 Sgr. Anfang 3 Uhr. Ende 8 Uhr.

Bekanntmachung,

betreffend den Verkauf des Königl. Forstes
bei Himmelwitz.

Der zur Oberförsterei Kraschew gehörende
Königliche Forst bei Himmelwitz, welcher im
Groß-Strehlig Kreis, eine Meile von Groß-
Strehlig entfernt gelegen ist und einen Flächen-
inhalt von 1924 Morgen 154 A.-R. Waldboden hat, soll mit dem darauf stehenden
Holze, mit der Jagdberechtigung und den
darauf haftenden Servituten und Abgaben im
Wege des Aufgebots verkauft werden.

Hierzu ist auf

den 27. Januar 1846

zu Groß-Strehlig im Gasthose zum schwarzen

Adler auf dem Ringe, vor dem Regierungs-
und Forstath Niederstetter ein Termin
angesezt, der Vormittags um 10 Uhr begin-
nen und Abends um 6 Uhr geschlossen wer-
den wird.

Kaufstufte werden zu diesem Termine mit
dem Bemerkten eingeladen, daß

- 1) Die Licitations-Bedingungen zu jeder
schicklichen Zeit sowohl im Lokale unserer
Forst-Registratur hiersebst, als auch im
Kreis-Steuer-Amte zu Groß-Strehlig
eingesehen werden können, und daß
- 2) das mindeste Kaufgeld auf 21,447 Rthl.
4 Sgr. 7 Pf. festgestellt worden ist.

Der Forstausseher Jänisch zu Himmelwitz
ist angewiesen, Kaufstufte in den Himmel-
witzer Forst zu führen und sie mit der Dert-
lichkeit bekannt zu machen.

Sodern für den genannten Forst die ange-
gebene Aare erreicht oder überboten wird, soll
auch das Forstschuß-Beamten-Etablissement zu
Himmelwitz mit einem Flächeninhalt von
— Morgen 50 A.-R. Hof- und Baustelle,
30 — — — Acker, und
20 — — — Wiesen

zur öffentlichen Versteigerung gestellt werden.
Zu dieser Versteigerung ist auf
den 28. Januar 1846

ebenfalls zu Groß-Strehlig in dem obenbe-
zeichneten Gasthose und vor dem vorgenann-
ten Kommissarius ein Termin angesezt, der
um 10 Uhr Vormittags beginnen und um
6 Uhr Abends geschlossen werden wird.

Die Licitations-Bedingungen sind sowohl
im Lokale unserer Forst-Registratur hiersebst,
als auch im Kreis-Steuer-Amte zu Groß-
Strehlig einzusehen.

Bei einem reinen Verkauf ist das mindeste
Kaufgeld auf 654 Rthlr. 2 Sgr. 3 Pf. und
beim Verkauf mit Vorbehalt eines jährlichen
Domainen-Zinses von 7 Rthlr. 20 Sgr., ein
mindestes Einkaufsgeld von 452 Rthlr. festge-
stellt. Doppeln den 11. November 1845.

Königliche Regierung.

Abtheilung für die Verwaltung der direkten
Steuern, Domainen und Forsten.

Edictal-Vorladung.

Ueber den Nachlaß des am 1ten Juli 1845
hier verstorbenen Königl. Ober-Landes-Gerichts-
Assessor Ludwig Theodor v. Bamberg ist der
erbschaftliche Liquidations-Prozess eröffnet wor-
den. Der Termin zur Anmeldung aller An-
sprüche steht am

25. April 1846 Vormittags um
10 Uhr

vor dem Königl. Ober-Landesgerichts-Referen-
darius Ergaß in unserem Parteien-Zimmer
No. 11, an.

Wer sich in diesem Termine nicht meldet,
wird aller seiner Vorrechte verlustig erklärt
und mit seinen Forderungen nur an dasje-
nige, was nach Befriedigung der sich melde-
nden Gläubiger von der Masse noch übrig blei-
ben sollte, verwiesen werden.

Breslau den 3ten December 1845.

Königl. Ober-Landesgericht.

Erster Senat.

Proclama.

Auf dem Rittergute Gadow No. 11, vor-
mals Plehner, jetzt Rybnicker Kreises, haftet
laut Instrument des Carl v. Rottenberg
vom 20. September 1790 ein Kapital von
5000 Rthl. für den Carl v. Adlersfeld sub
rubrica III. vormals No. 3, jetzt No. 7 zu
6 pCt. verzinslich eingetragen ex decreto vom
30. September 1790. Dieses Kapital hat der
Carl v. Adlersfeld laut Cession vom
20. Juli 1792 an den Dr. v. Mann-
stein cedirt, eingetragen ex decreto vom
22. Juni 1793. v. Mannstein cedirte
die gesammten 5000 Rthlr. zu Folge Cession
vom 6. November 1799 und gerichtlichen Er-
nennungs-Geländung vom 24. December 1799
an Fräulein Eleonore v. Zawadzki auf
Gadowitz, eingetragen ex decreto vom
10. October 1801. Die Eleonore v. Za-
wadzki cedirte hierauf unterm 5. Octo-
ber 1801 unter Vorbehalt der Priorität für
die ihr verbliebenen 1000 Rthl. die Summe
von 4000 Rthl. an die Carl v. Görge'schen
Minorennen, namentlich:

die Friederike
die Charlotte
den Carl
den Franz
den Wilhelm
den Emanuel
die Jeannette
den Rudolph
die Wilhelmine und
die Louise

Geschwister
v. Görge.

und laut Ueberweisungsdecret vom 22. Juli
(28. August) 1820 des pupillen-Collegii von
Oberschlesien sind von diesen Rubr. III. früher
sub No. 3, jetzt No. 7 haftenden 4000 Rthl.
ein Antheil von Eintausend Reichsthalern an

die Wilhelmine Johanne Friederike v. Görge
überwiesen worden.

Das diesfällige Zweig-Instrument über die
der Wilhelmine Johanne Friederike v. Görge
überwiesenen 1000 Rthl. ist nun verloren ge-
gangen und die Erben der unmittelbar verstor-
benen Wilhelmine Johanne Friederike v. Görge
später verehelicht gewes. Major v. Pannwitz
zu Magdeburg. Die minorennen v. Pann-
witz'schen Geschwister haben, nachdem Besizer
von Gadow u. Helm das Fortbestehen der
Schuld anerkannt hat, das Aufgebot des ge-
dachten Instruments und Präclusion sämt-
licher Ansprüche an dasselbe beantragt, wes-
halb von uns ein Termin auf
den 22. April 1846, Vormittags
11 Uhr

vor dem Herrn Oberlandesgerichts-Referen-
darius Krause in unserem Instruktionszimmer
angesezt worden ist, zu welchem die etwaigen
Eigenthümer, Cessionarien oder sonstige In-
haber jenes Hypotheken-Instruments zur Ge-
lendenmachung ihrer etwaigen Ansprüche hiermit
vorgeladen werden, widrigenfalls sie mit ihren
Ansprüchen auf die gedachte Post und das ge-
dachte Instrument präcludirt und den Ge-
schwistern v. Pannwitz auf deren Antrag
ein neues Zweig-Instrument über die gedachte
Post erteilt werden wird.

Magdeburg den 2. December 1845.

Königl. Ober-Landes-Gericht.

Zweite Bekanntmachung.

Am 15ten d. M. Abends gegen 8 Uhr sind
bei der sogenannten Reule, einem dicht an
der Grenze bei Kunzendorf, im Landeshuter
Kreise, gelegenen Gehölz, 4 Cent. 95 Pf. d.
Butter in 8 Kübeln nebst 3 Radwern, auf
welchen sich solche befand, von den Grenz-
Beamten angehalten und in Beschlag genom-
men worden.

Die Einbringen sind entsprungen und un-
bekannt geblieben.

Da sich bis jetzt Niemand zur Begründung
seines etwaigen Anspruchs an die in Beschlag
genommenen Gegenstände gemeldet hat, so
werden die unbekannten Eigenthümer hierzu
mit dem Bemerkten aufgefordert, daß, wenn
sie binnen vier Wochen von dem Tage, wo
diese Bekanntmachung zum dritten Male in
dem öffentlichen Anzeiger des Amtsblattes der
Königl. Regierung zu Liegnitz aufgenommen
wird, bei dem Königl. Haupt-Zoll-Amt zu
Liebau Niemand melden sollte, nach § 60
des Zoll-Strafgesetzes vom 23. Januar 1835
da die in Beschlag genommenen Gegenstände
zum Vortheile der Staats-Kasse bereits ver-
kauft worden, mit dem Versteigerungs-Erlöse
nach Vorchrift der Gesetze verfahren werden
wird. Breslau, den 25. November 1845.

Der Geheime Ober-Finanz-Rath und
Provinzial-Steuer-Direktor.
v. Wigeleben.

Edictal-Vorladung.

Ueber das Vermögen des Kaufmann C. J.
Koschel hiersebst ist am 3ten dieses Mo-
nats der Konkurs-Prozess eröffnet worden.

Der Termin zur Anmeldung aller Ansprüche
an die Concurs-Masse steht
am 9ten Februar 1846 Vormit-
tags 10 Uhr

vor dem Herrn Ober-Landesgerichts-Assessor
Habel im Parteien-Zimmer des unterzeich-
neten Gerichts an.

Wer sich in diesem Termine nicht meldet,
wird mit seinen Ansprüchen an die Masse
ausgeschlossen und ihm deshalb gegen die
übrigen Gläubiger ein ewiges Stillschweigen
auferlegt werden.

Reife den 14. October 1845.

Königl. Fürstenthums-Gericht.

Subhastations-Patent.

Das sub No. 84 zu Hirschberg gelegene,
den Erben der Regierungsrath Severich
Theure gehörige Haus, laut der mit neuer-
stem Hypotheken-Scheine in der Registratur
des Gerichts einzusehenden Aare gerichtlich
auf 7557 Rthlr. 26 Sgr. 8 Pf. abgeschätzt,
soll in terminis

den 16ten Juni 1846

vor dem Herrn Ober-Landesgerichts-Assessor
Nichtkeiß ertheilungshalber subhastirt
werden. Alle unbekannten Real-Interessen-
ten werden zu diesem Termine zur Verwei-
dung der Präclusion mit vorgeladen.

Hirschberg den 11. November 1845.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Edictal-Citation.

Von dem unterzeichneten Gerichts-Amte ist
über das sämtliche Vermögen der verstorbe-
nen Kaufmann Gräberberger Christiane
Henriette geb. Findler zu Wüstewaltersdorf,
am 22. November a. c. der Concurs eröffnet
worden. Zur Anmeldung und Nachweisung
der Ansprüche aller etwaigen unbekannten
Gläubiger haben wir einen Termin auf
den 8. April k. Vormittags 10 Uhr
in unserer Kanzlei zu Wüstewaltersdorf an-
gesezt. Wir fordern diese Gläubiger auf, sich
in demselben persönlich, oder durch gezeig-
t zulässige Bevollmächtigte, wozu ihnen die
Herrn Justiz-Commissarien Dühring zu
Landeshut und Grotz zu Freiburg vorgeschla-
gen werden, zu melden, ihre Forderungen, die
Art und das Vorzugsrecht derselben anzugeben,
die etwa vorhandenen schriftlichen Beweismittel
beizubringen, und demnach die weitere recht-
liche Einleitung der Sache zu gewärtigen,
wogegen die Ausbleibenden mit ihren Ansprü-
chen an die Masse ausgeschlossen, und ihnen

deshalb gegen die übrigen Gläubiger ein
ewiges Stillschweigen auferlegt werden wird.

Waldenburg den 5. December 1845.

Das Gericht = Amt der Herrschaft

Wüstewaltersdorf.

Freiwilliger Verkauf.

Das Müller Buttkesche Mühlengrundstück
No. 28 Siesdorf Kreis Ramslau aus der so-
genannten Stapelmühle an der Weide und
circa 42 Morgen Acker und Wiesen bestehend,
abgeschätzt auf 8010 Rthlr. zufolge der nebst
Hypothekenschein und Bedingungen in der Re-
gistratur einzusehenden Aare soll
am 4. Mai 1846, Vorm. 11 Uhr
an ordentlichem Gerichtsstelle in Siesdorf Thei-
lungshalber freiwillig subhastirt werden.

Die ihrem Leben und Aufenthalt nach unbe-
kannte Gläubigerin Sellene geschiedene Buttkes-
che verehelichte Schwarzer, geb. Lieb-
schwager, wird hierdurch öffentlich vorgeladen.
Ramslau den 12. September 1845.

Gerihts-Amt Siesdorf.

Bekanntmachung.

Aus den Schutzrevieren Kahle, Rath.-Ham-
mer, Pechofen, Burdau, Ufischütz und Wal-
deck der Königl. Oberförsterei Rath.-Hammer
sollen

1. Von dem Einschlage 1846.

a) an Bau- und Kuchholz: 5 Stück
Eichen, 228 Stück Buchen- und 81 Stück
Kiefern-Bau- und Kuchholz.

b) an Brennholz: 3 Rst. Eichen-Scheit,
1/2 Rst. Buchen-Scheit, 183 1/2 Rstfr.
Kiefern-Scheit, 130 Rstfr. Kiefern-Knüttel;

2. Von dem Einschlage 1845.

Brennholz
am Mittwoch den 14ten d. Mts. von 8 bis
12 Uhr im Gasthose zu Grochow öffentlich
meistbietend gegen gleich baare Zahlung ver-
kauft werden.

Die Förster Pittermann in Pechofen,
Schlosch in Kahle und Döhring hier
sind angewiesen, die zum Verkauf kommenden
Kuchhölzer den sich meldenden Kaufstufgen
an Ort und Stelle vorzuzeigen.

Die dem Verkauf zu Grunde liegenden spe-
ciellen Bedingungen werden beim Termin
selbst bekannt gemacht werden.

Katholisch-Hammer den 1. Januar 1846.

Königl. Forst-Verwaltung.

Auction.

Den 7ten d. M. in No. 42 Breite Straße

a) Vormittag um 9 1/2 Uhr
eine Parthie Champagner, Rheinwein,
8 Eimer und 100 Flaschen Jamaika-Rum
und 8 Käpfen Ungarweine.

b) Nachmittags 2 1/2 Uhr
eine Parthie abgelegter guter Cigarren.
Breslau den 4. Januar 1846.

Mannig, Auktions-Commis.

Auction.

Gen 8ten d. Mts. Vorm. von 9 Uhr ab in
No. 42 Breite Straße:

Leinwand, Betten, Kleidungsstücke, Mö-
bel und Hausgeräthe.

Breslau den 5. Januar 1846.

Mannig, Auktions-Commis.

Kaffeehaus-Verpachtung!

1/2 Meile von Breslau gelegen, welches sich
auch zu einem Privat-Logis sehr gut eignen
würde, in dem Stallung und Wagenplatz
vorhanden und ein großer Garten, ist für den
billigen Preis von 150 Rthlr. wegen fami-
lien-Verhältnisse bald oder öfters zu verpach-
ten durch J. C. Müller, Kupferschmiede-
straße No. 7.

Verpachtung.

Die herrschaftliche Brau- und Brennerei
nebst Gastwirthschaft zu Heidewitz, Treb-
nitzer Kreises, soll von Georgi dieses Jahres
ab auf Neue verpachtet werden. Pachtstufte
wollen sich dieserhalb bei dem Dominio da-
selbst melden.

Heidewitz den 1. Januar 1846.

Eine Brauerei,

rentabel, wird von einem lautionsfähigen
tüchtigen Brauer zu Oßern c. zu pachten ge-
wünscht. Näheres im Commissions-Comptor,
Bischofs-Strasse 7, bei

E. Berger.

Zu verkaufen.

Eine Zuckersiederei-Besigung nebst Zubehör,
neu massiv gebaut, mit Flachwerk-Dach, vielen
Zimmern, Nebengebäuden, Garten, Inven-
tarium, ist in einer Provinzialstadt, annehm-
bar durch mich zu verkaufen.

Tralles, Schußbrücke 66.

Schafe-Verkauf.

Hundert Stück starke, mit Körnern gemästete
Schöpfe, so wie Hundert Stück gesunde, woll-
reiche Zuchtmuttern stehen zum Verkauf bei
dem Dom. Hohnmühle bei Strehlen.

Ein etwas gebrauchter Schlitten steht zu
verkaufen, Klosterstraße im römischen Kaiser.

Ein gebrauchter Fagel

von 6 Octaven, äußerlich gut erhalten und
erst gründlich reparirt, ist für 45 Rthlr. zu
verkaufen Kausche Straße No. 38, im Hofe
rechts.

Leere Rübs- und Spiritus-Gebinde stehen
zum Verkauf bei

Herrmann Theodor Scholke,

Albrechtsstraße No. 45.

Zweite Beilage zu No. 4 der privilegirten Schlesischen Zeitung.

Dienstag den 6. Januar 1846.

Landtags-Angelegenheiten.

Provinz Schlesien.

Landtag = A b s c h i e d
für die

zum achten Provinzial-Landtag versammelt
gewesenen Stände des Herzogthums Schlesien,
der Grafschaft Glatz und des Markgrafthums
Ober-Lausitz.

Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden,
König von Preußen u.

entbieten Unseren zum achten Provinzial-Landtag versammelt
gewesenen Ständen des Herzogthums Schlesien,
der Grafschaft Glatz und des Markgrafthums Ober-Lausitz
Unseren gnädigen Gruß und ertheilen
denselben hiermit auf die Uns vorgelegten Gutachten und
Anträge den nachstehenden Bescheid:

I. Auf die gutachtlichen Erklärungen über die
vorgelegten Propositionen.

Bauliche Unterhaltung der Schul- und
Küsterhäuser.

1) Ueber die Verordnung wegen der baulichen Unterhaltung
der Schul- und Küsterhäuser haben Wir vor-
erst noch das Gutachten des Staats-Raths erfordert,
Unsere getreuen Stände werden jedoch die baldige Pu-
blikation erwarten können.

Provinzialrecht der Ober-Lausitz.

2) Die Bemerkungen Unserer getreuen Stände über
den denselben zur Begutachtung vorgelegten Entwurf
des Ober-Lausitzischen Provinzialrechts werden zu seiner
Zeit und wenn die Verhältnisse es gestatten, auf die in
Antrag gebrachte Codification des Provinzialrechts ein-
zugehen berücksichtigt werden. Wir haben indessen Un-
serem Justiz-Minister für die Gesetz-Revision den Befehl
ertheilt, schon jetzt in Erwägung zu ziehen, ob und in
welchem Maße ein Bedürfnis vorhanden sei, die in den
statgefundenen Verhandlungen angeregten Streitfragen
durch die Gesetzgebung zu entscheiden und Maßregeln
zu treffen, um die angeblich obsolet gewordenen Be-
stimmungen des Ober-Lausitzischen Provinzialrechts auch
formell aufzuheben.

Beitragspflicht der Patrone in der Ober-
Lausitz zu Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten.

3) Die von Unseren getreuen Ständen beantworteten
Anträge des Ober-Lausitzischen Kommunal-Landtages zur
Beseitigung der über die Beitragspflicht der Patrone zu
den Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten bestehenden Zwei-
fel sind Uns ein erfreuliches Zeugnis von dem unter
allen Ständen der Ober-Lausitz herrschenden Geist der
Einigkeit und des gegenseitigen Vertrauens gewesen.
Wir haben hierüber eine nähere Prüfung angeordnet
und werden, insofern sich bei dieser die Anträge als
begründet, zweckentsprechend und ausreichend ergeben sol-
len, den Wünschen Unserer getreuen Stände gern ent-
sprechen.

Regulativ zur Einrichtung des Landarmen-
wesens in der Provinz Schlesien.

4) Da Unsere getreuen Stände darauf angetragen
haben, den ihnen vorgelegten Entwurf eines Regulativs
über die Einrichtung des Landarmenwesens in der Pro-
vinz Schlesien nur für das Herzogthum Schlesien und
die Grafschaft Glatz gültig zu erklären, für das Mark-
grafthum Ober-Lausitz dagegen ein besonderes Reglement
zu erlassen, so ist der Kommunal-Landtag der Ober-Lausitz
veranlaßt worden, einen Reglements-Entwurf auszuar-
beiten und zur Prüfung einzureichen. Hierbei ist die
Frage entstanden, ob der Ober-Lausitzische Armen-Ver-
band sich auf die vier Ober-Lausitzischen Kreise ausdehnen
oder auf die Ober-Lausitz in ihrem alten geschichtlichen
Umfange beschränken soll, und werden dieserhalb nähere
Bestimmungen in das Regulativ für den übrigen Theil
der Provinz Schlesien aufgenommen werden müssen.
Beide Reglements müssen deshalb auch zu gleicher Zeit
ins Leben treten. Bei der weiteren Berathung des Ge-
senstandes wird das Gutachten Unserer getreuen Stände
überall in nähere Erwägung gezogen werden. Die Be-
merkungen Unserer getreuen Stände zu den ihnen vor-
gelegten Gesetz-Entwürfen, betreffend:

Erbverpachtung der Lehn- und Fideikommiß-
Güter.

5) die Erbverpachtung von Grundstücken, welche un-
ter Lehn- oder Fideikommiß-Verband stehen;

Sportuliren der polizeilichen und admini-
strativen Unterbehörden.

6) den Ansat und die Erhebung von Sporteln bei
den polizeilichen und administrativen Unterbehörden;

Polizeiliches Verfahren gegen das Gefinde.

7) das polizeiliche Verfahren gegen das Gefinde;
Gefinde-Dienstbücher.

8) die Einführung von Gefinde-Dienstbüchern;
Feuer- und baupolizeiliche Vorschriften.

9) die Anwendung der in den Städten geltenden feuer-
und baupolizeilichen Vorschriften bei Gebäuden, auf sol-

chen zum platten Lande gehörigen Grundstücken, welche
innerhalb der Städte oder im Gemenge mit städtischen
Grundstücken liegen;

Aufhebung des Abdeckereizwanges.

10) die Aufhebung des Abdeckereizwanges;

Detentions- und Transportkosten der Bett-
ler und Vagabunden.

11) die Aufbringung und Erstattung der Aufgrei-
fungs-, Detentions- und Transportkosten der Bettler,
Vagabunden und legitimationslosen Personen;

Feld-Polizei-Ordnung.

12) die Feld-Polizei-Ordnung;

Aufbringung der Servis-Abgabe in den
Städten.

13) die anderweitige Aufbringung der Servis-Abgabe
in den Städten der städtischen Provinzen;

Handels-Firmen.

14) die Handels-Firmen;

Stempel- und Gerichtskosten in Vormunds-
schaftsachen und Kuratelen über minderjäh-
rige und über geistesranke Personen.

15) den Ansat von Stempeln und Gerichtskosten in
Vormundschaftsachen und Kuratelen über minderjährige
und über geistesranke Personen;

Pfandrecht des Verpächters und Vermiethers.

16) das Pfandrecht des Verpächters und Vermiethers,
werden bei der schließlichen Berathung dieser Gesetzent-
würfe in Erwägung gezogen werden und die zulässige
Berücksichtigung finden;

Wahlen der Mitglieder für den ständischen
Ausschuß.

17) Die Uns in der Denkschrift vom 3. März d. J.
angezeigten Wahlen der Mitglieder des ständischen
Ausschusses und ihrer Stellvertreter bestätigen Wir
hierdurch.

II. Auf die ständischen Petitionen.

Herausgabe schlesischer Urkunden.

1) Die beantragte Unterstützung der von dem Ge-
heimen Archivrathe Professor Dr. Stenzel beabsichtigten
Herausgabe einer Sammlung von wichtigen Urkunden
zur schlesischen Staats-, Rechts- und Kultur-Geschichte
sind Wir mit Rücksicht auf die wissenschaftliche Wichtig-
keit des Unternehmens durch die Abnahme einer ange-
messenen Anzahl von Exemplaren des Werks zu ge-
währen geneigt, wenn die zur Herausgabe desselben sonst
erforderlichen Kosten durch Theilnahme in der Provinz
gedeckt werden.

Anstellung unverschuldet verarmter Bürger
im städtischen Subalterndienst.

2) Da die Gewährung des Antrages, den Städten
die Befugnis zu verleihen, unverschuldet verarmte, nicht
civilversorgungsberechtigte Bürger im städtischen Subal-
terndienst anstellen zu dürfen, die Uebertragung der meisten
städtischen Subalternstellen an verarmte Bürger zur Folge
haben, mithin im Wesentlichen zu demselben Resultat
führen würde, wie die gänzliche Entbindung der Städte-
Kommunen von der ihnen obliegenden, ohnehin bereits
mehrfach beschränkten Verpflichtung zur Anstellung civil-
versorgungsberechtigter Militär-Personen, die Gründe
aber, aus denen der beschlossene Antrag des siebenten
schlesischen Provinzial-Landtages durch den Landtags-Ab-
schied vom 20. Dec. 1843 abgelehnt worden, noch jetzt
Anwendung finden, so müssen Wir Bedenken tragen,
dem Antrage zu willfahren.

Unterstützung der hilfsbedürftigen Krieger
aus den letzten Feldzügen.

3) Die wohlgemeinte Absicht, welche Unsere getreuen
Stände bei dem weiteren Antrage auf eine ausgedehnte
Unterstützung der hilfsbedürftigen Krieger aus den
letzten Feldzügen geleitet hat, ist von Uns gern und beifällig
wahrgenommen worden. Der Zustand des Staatshaus-
halts gestattet indessen nicht, diesem Antrage zu will-
fahren, indem schon jetzt verhältnismäßig sehr bedeutende
Beträge zur Unterstützung der bedürftigen Militär-In-
validen aus den Staatskassen verwendet werden und es
deshalb nicht zulässig sein würde, diese Unterstützungen zu
erweitern; Wir haben aber eine nähere Erörterung darüber
angeordnet, ob und in welchem ausgedehnten Maße
die Steuer-Befreiung der Krieger aus den letzten Feld-
zügen wird nachgegeben werden können.

Natural-Quartier für commandirte Officiere.

4) Der Antrag auf Aufhebung der Verpflichtung der
Kommunen zur Gewährung von Natural-Quartier an
commandirte Officiere kann keine Berücksichtigung finden,
da die mit einer solchen Aufhebung verbundenen Schwierig-
keiten für die militärischen Dienstverhältnisse weit
größer sein würden, als die mit der gegenwärtigen gesetz-
lich begründeten Anordnung verbundene unbedeutende
Belastung der Kommunen.

Paket-Porto.

5) Die beantragte Ermäßigung des Paket-Porto's wird
bei der durch Unsere Ordre vom 18. August v. J. vor-
behaltenen Umarbeitung des Porto-Tar-Regulativs, welche
mit dem zur Berathung vorliegenden neuen Postgesetze
in Verbindung steht, zur Erwägung kommen.

Zuziehung stimmberechtigter Laien zu den
Synoden der evangelischen Kirche.

6) Was die Bitte anlangt, bei den Synoden
der evangelischen Kirche stimmberechtigte Laien zu-
zuziehen und vor dem Erlaß organischer Bestim-
mungen in Folge des Zusammentritts einer General-
Synode solche dem Provinzial-Landtag zur Begutach-
tung vorzulegen, so eröffnen Wir Unseren getreuen
Ständen, daß schon vor dem Eingang dieser Petition
die Zuziehung von Laien zu der bevorstehenden ersten
General-Synode Unsererseits befohlen ist; wie Wir aber
überhaupt entschlossen sind, Anträge auf Veränderung
in Gestalt und Verfassung der evangelischen Kirche
nur von den kirchlichen Organen entgegenzunehmen, so
wird auch die künftige Organisation der Kreis- und
Provinzial-Synoden demnachst vorzugsweise durch die
Anträge der General-Synode bedingt werden. Zu wei-
teren Verhandlungen mit den Provinzial-Ständen wer-
den sich diese Anträge schon deshalb nicht eignen, weil
die Angelegenheiten der evangelischen Kirche den Ber-
athungen der ohne Rücksicht auf das Bekenntnis zu-
einen oder anderen christlichen Konfession zusammenge-
setzten ständischen Versammlungen nicht unterliegen dür-
fen, und müssen Wir daher den zweiten Theil des vor-
liegenden Antrages unter dem Eröffnen zurückweisen,
daß die verfassungsmäßigen Rechte der Provinzial-
Stände auch in dieser Beziehung gewahrt und daher
Änderungen, welche nach dem Gesetz vom 5. Juni 1823
des ständischen Beiraths bedürfen, sofern sie von den
Synoden angeregt und von Uns weiter verfolgt werden
sollten, abgesondert behandelt und Unseren getreuen
Ständen zur Begutachtung werden vorgelegt werden.

Fixirung der Geistlichen und Schullehrer.

7) Der Antrag, das Einkommen der Geistlichen und
Lehrer, unter Abschaffung der Stotgebühren und aller
unbestimmten Einkünfte, allgemein zu fixiren, ist be-
reits früher von dem dritten preussischen und den sieben-
ten brandenburgischen Provinzial-Landtag in Anregung
gebracht worden. Wir haben jedoch bis jetzt Bedenken
tragen müssen, auf die Anträge wegen einer durch
Gesetz zu bewirkenden Fixirung jener Einkünfte einzu-
gehen, da eine allgemeine Aufhebung der kirchlichen Stot-
gebühren eine wesentliche Umwandlung althergebrachter
Verhältnisse zur Folge haben würde und das Bedürfnis
dazu nicht so allgemein anerkannt ist, daß eine bereits-
willige Mitwirkung zur Beseitigung der damit verbun-
denen Schwierigkeiten überall zu erwarten stände. Viel-
mehr haben Wir Uns bis jetzt auf die Zusicherung be-
schränken müssen, daß Unsere Behörden es nie an Be-
reitwilligkeit fehlen lassen werden, in Fällen, wo in Ge-
meinden mit der Anerkennung des Bedürfnisses zugleich
eine Geneigtheit zur Abschaffung oder Fixirung unbe-
stimmter Gebühren sich kund giebt, diese durch Vermit-
tel eines angemessenen Ueberschusses unter den
Betheiligten herbeizuführen. Hieraus können Wir, bis
das Bedürfnis der Fixirung jener Gebühren allgemeiner
anerkannt wird und zugleich die Verhältnisse die Besei-
tigung der ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten erleich-
tern, auch gegenwärtig Unsere getreuen Stände nur ver-
weisen. Was die Besoldung der Schullehrer anlangt,
so wird bei Berathung einer in der Vorbereitung der
gegriffenen neuen Schul-Ordnung für die Provinz beson-
ders auch die Frage, wie das Einkommen der Schulleh-
rer am angemessensten zu reguliren sei, zur Erörterung
kommen und im Zusammenhange derselben der von Un-
seren getreuen Ständen gemachte Antrag näher erwogen
werden.

Beschleunigung der Gesetz-Revision. Deffensi-
lichkeit und Mündlichkeit in Kriminalsachen.

8) Die von Uns angeordnete Revision der Gesetze,
deren möglichste Beschleunigung Unsere getreuen
Stände erbitten, ist so umfassender Art und nimmt eine
so sorgfältige und vielseitige Erwägung in Anspruch, daß
so baldige Vollendung nicht übereilt werden kann. Zur Ein-
führung der Mündlichkeit in Strafsachen sind bereits
einleitende Anordnungen getroffen, und ist es Unser
Wille, daß die wichtige Frage über Mündlichkeit und
Deffenslichkeit des richterlichen Verfahrens besonders er-
wogen und zu Unserer Entscheidung gebracht werde, in-
dem zwar die bestehende Gerichts- und Kriminal-Ordnung
die ungünstige Beurtheilung Unserer getreuen Stände
wider verdient, noch auch in der öffentlichen Meinung
findet, gleichwohl aber die Möglichkeit sehr wesentlicher
Verbesserungen nicht verkannt wird.

Wechsel-Recht.

9) Auf den Antrag um Beschleunigung der Emanation
des neuen Wechsel-Rechts, ertheilen Wir zum Bescheide,
daß die Berathungen über dasselbe in der dafür bestellten

Immediat-Kommission noch nicht beendet worden sind, auf die Beschleunigung dieser legislativen Arbeiten aber möglichst hingewirkt werden soll.

Verordnung vom 28. Juni 1844 über das Verfahren in Ehesachen.

10) In Beziehung auf den von Unseren getreuen Ständen hinsichtlich der Verordnung vom 28. Juni 1844 über das Verfahren in Ehesachen gemachten Antrag geben Wir denselben zu erkennen, daß allgemeine Prozeßgesetze, durch welche nur das Verfahren über die Verfolgung der Rechte geordnet wird, nicht zu den Gesetzen gehören, welche Veränderungen in den Personen- und Eigentumsrechten selbst zum Gegenstande haben. Es war daher kein gesetzlicher Grund vorhanden, die Verordnung vom 28. Juni 1844, da sie lediglich das Verfahren anordnet, Unseren getreuen Ständen zur Begutachtung vorzulegen; der Antrag derselben, daß dies nachträglich bewirkt und bis dahin die Ausführung der Verordnung vom 28. Juni 1844 suspendirt werde, muß daher um so mehr als unbegründet zurückgewiesen werden, da eine solche Suspension mit der aus landesherrlicher Fürsorge für das Wohl Unserer Unterthanen im Unserer Ordre vom 28. Juni v. J. angeordneten Maßregeln, nach welcher die Erfahrungen der Gerichte über die Erfolge des durch die Verordnung vom 28sten Juni 1844 angeordneten Verfahrens gesammelt werden sollen, im unvermeidbaren Widerspruch stehen würde.

Holzverkauf in den königlichen Forsten.

11) Dem Gesuch, die wegen des Holzverkaufs in Unseren Forsten getroffenen Anordnungen, namentlich die Ministerial-Verfügung vom 8. März 1843, durch die Amtsblätter bekannt machen zu lassen, müssen Wir zu mißfahrenden Anstand nehmen. Jene Verfügung enthält nur eine Anweisung für die Forst-Verwaltungs-Behörden und ist daher zur Veröffentlichung durch die Amtsblätter so wenig bestimmt als geeignet, da die Erfahrung lehrt, daß dergleichen Vorschriften von vielen, mit den Verhältnissen nicht bekannten Personen oft einseitig und unrichtig aufgefaßt und in diesem Sinne zu unstatthaften Gesuchen und ungegründeten Beschwerden gemißbraucht werden, wodurch die Erreichung des Zwecks, Unseren getreuen Unterthanen die Befriedigung ihres Holzbedürfnisses thunlichst zu erleichtern, eher erschwert als gefördert werden könnte.

Wählbarkeit im Stände der Städte.

12) Dem erneuten Antrage Unserer getreuen Stände, für die städtischen Landtags-Abgeordneten das Erforderniß des 10jährigen Grundbesitzes auf eine 5jährige Dauer der Besitzzeit zu beschränken, können Wir nach reiflicher Erwägung, nicht Folge geben. Der 10jährige Grundbesitz ist eine für die Wählbarkeit in allen Ständen gesetzlich vorgeschriebene Bedingung, die wesentlich in den Grund-Prinzipien der ständischen Vertretung beruht, und Wir können kein Bedürfniß anerkennen, von dieser Bedingung für den Stand der Städte eine Ausnahme nachzuweisen. Dann in dem ständischen Gesetz ist Uns die Dispensation von der Bedingung des 10jährigen Grundbesitzes vorbehalten, und wie Wir schon bisher, vorzugsweise bei städtischen Abgeordneten, sobald der Fall dazu angethan war, herbeizwillig diese Dispensation erteilt haben, so werden Wir dieselbe in den dazu geeigneten Fällen auch in Zukunft nicht versagen und dadurch so weit ein Bedürfniß sich zeigt, die Bedingungen der Wählbarkeit im Stände der Städte in dieser Beziehung zu erleichtern, die nöthige Abhülfe gewähren. Noch weniger aber können Wir auf den ferneren Antrag eingehen, daß die Wählbarkeit der städtischen Abgeordneten nicht mehr vom Besitz eines bürgerlichen Gewerbes bedingt werde. Denn die Vorschrift des §. 11 des Gesetzes vom 27. März 1824, nach welcher zu städtischen Abgeordneten nur städtische Grundbesitzer gewählt werden sollen, welche entweder Magistrate-Personen sind, oder ein bürgerliches Gewerbe treiben, beruht auf dem Grundsatz, daß jeder Stand durch Abgeordnete vertreten werden soll, die demselben wirklich angehören und aus seiner Mitte hervorgehen. Dieser Grundsatz würde wesentlich verletzt werden, wenn die Wählbarkeit der städtischen Abgeordneten bloß durch städtischen Grundbesitz bedingt werden sollte, indem alsdann Personen, die einen städtischen Grundbesitz erwerben, übrigens aber ihren sonstigen Standes- und Berufs-Verhältnissen nach keinesweges vorzugsweise bei den städtischen Interessen theilhaftig sind, zu städtischen Landtags-Abgeordneten gewählt werden könnten.

Zufertigung der Propositionen an die Landtagsmitglieder vor Eröffnung des Landtags.

13) Auf den Antrag, daß die dem Landtage vorzulegenden Propositionen den sämtlichen Landtags-Mitgliedern so möglich gleichzeitig mit den Einberufungs-Schreiben zugesandt werden möchten, geben Wir Unseren getreuen Ständen zu erkennen, daß von dem Landtage des Jahres 1841 in der Denkschrift vom 12. März ejusd. Uns nur die Bitte vorgebracht worden war, daß abgesehen von den Anlässen zur vorgängigen Einberufung vorbereitender Ausschüsse, den sämtlichen zur Ständeverammlung designirten Mitgliedern der Inhalt der wichtigsten Propositionen, einige Zeit vor Eröffnung des Landtages, nur zu ihrer eigenen vertraulichen Information mitgetheilt werden möge, und Wir in dem

Landtags-Abschiede vom 6. August 1841 hierauf den Bescheid erteilt haben, wie Wir diesem Antrage in so weit entsprechen wollten, als dies in Ansehung der einzelnen Gegenstände zweckmäßig und thunlich erscheine. Unsere Zusage ist daher nur bedingt erteilt worden und hat sich selbstredend dem eigenen Antrage der Stände gemäß, auf diejenigen besonders wichtigen Propositionen beschränkt, die einer umfassenden Vorbereitung bedürfen. Hierbei können Wir es auch für die Zukunft nur bewenden lassen, und müssen Wir in jedem einzelnen Falle es Unserer besonderen Entscheidung vorbehalten, welche Propositionen Wir dazu geeignet erachten, daß sie den schon vor Eröffnung des Landtages einzuberufenden vorbereitenden Ausschüssen vorgelegt oder außerdem auch noch sämtlichen übrigen Landtags-Mitgliedern gleichzeitig mit den Einberufungs-Schreiben zugesandt werden sollen.

Zuziehung vereideter Stenographen zu den Landtags-Verhandlungen.

14) Die von Unseren getreuen Ständen nachgesuchte Anstellung vereideter Stenographen zur Aufzeichnung der Plenar-Verhandlungen des Landtages haben Wir durch Unsere Ordre vom 17. Februar v. J. bereits genehmigt und ist hiervon dem Landtage sofortige Mittheilung durch Unseren Kommissarius gemacht worden. Wir erwarten indessen, daß die Protokolle über die Verhandlungen des Landtages auch fernerhin von einem Landtags-Deputirten verfaßt und die Notizen der Stenographen nur bei der Redaktion benutzt werden.

Zeit zur Wahl der Mitglieder des ständischen Ausschusses.

15) Da die nach der Verordnung vom 21. Juni 1842 auf versammeltem Landtage vorzunehmenden Wahlen der Mitglieder des ständischen Ausschusses nach §. 7 der vorgedachten Verordnung Unserer Bestätigung unterliegen, so müssen solche so zeitig vorgenommen werden, daß ein etwaiges Bedenken gegen die Bestätigung noch während der Versammlung des Landtages beseitigt und nöthigenfalls zu einer neuen Wahl geschritten werden kann. Unter diesem Vorbehalt wollen Wir, im Anerkenntniß der in der Denkschrift vom 18. März c. vorgetragenen Gründe, den Zeitpunkt der Wahl dem Landtags-Marschall überlassen.

Wahlmodus der mit alternirenden Virilstimmen theilhabenden Städte.

16) Nach dem Antrage Unserer getreuen Stände, wollen Wir für die nach der Verordnung vom 2. Juni 1827 mit einer alternirenden Virilstimme theilhabenden Städte der Provinz Schlessen hierdurch genehmigen, daß die Abgeordneten derselben fernerhin nicht mehr von Landtag zu Landtag, sondern von 6 zu 6 Jahren abwechselnd einberufen werden. Dergleichen finden Wir kein Bedenken, zu gestatten, daß diese alternirenden Städte auch wahlfähige Grundbesitzer der mit ihnen alternirenden Stadt zu Deputirten und Stellvertretern wählen dürfen.

Stimmrecht der Ständeherrn.

17) Da auf dem verfloffenen Landtage, wie in der Denkschrift vom 18. März c. Uns angezeigt worden, sich Zweifel über die Ausübung des den Ständeherrn zustehenden Rechts auf die Führung dreier Kuriat-Stimmen ergeben, und Unsere getreuen Stände für den Fall, wenn weniger als drei Ständeherrn in der Ständeverammlung anwesend sind, eine Declaration der §§. 3 und 4 des Gesetzes vom 27. März 1824 und des Art. V. der Verordnung vom 2. Juni 1827 nachgefragt haben, so können Wir Unsere beställige Entscheidung nur dahin treffen, daß, wenn weniger als drei Ständeherrn in der Ständeverammlung anwesend sind, von ihnen die den sämtlichen Ständeherrn im §. 4 des Gesetzes vom 27. März 1824 verliehenen drei Kuriat-Stimmen nicht vollständig geltend gemacht, sondern nur eine oder zwei Stimmen abgegeben werden können, je nachdem ein oder zwei Ständeherrn persönlich anwesend sind. Den Ständeherrn sind zwar 3 Kuriat-Stimmen verliehen, indessen lehrt der §. 3 l. c. und eben so der Art. V. der Verordnung vom 2. Juni 1827 unbedenklich voraus, daß jederzeit mindestens drei Ständeherrn in der Ständeverammlung anwesend sein werden, um die ihnen Kurie verliehenen drei Stimmen abgeben zu können. Die Abgabe mehrerer Stimmen von einem anwesenden Ständeherrn würde eine ganz singuläre Ausnahme von der Regel bilden, daß in der Ständeverammlung jedes Mitglied nur eine Stimme zu führen hat, überdies aber dadurch von den abwesenden Ständeherrn eine Bevollmächtigung ausgeht, welche denselben im §. 3 des Gesetzes vom 27. März 1824 nicht eingeräumt worden ist.

Bau des Ständehauses in Breslau.

18) Auf die von Unseren getreuen Ständen in der Denkschrift vom 11. April v. J. uns vorgetragene Bitte sind Wir geneigt, denselben zum vollständigen Ausbau des Ständehauses in Breslau einen Zuschuß bis auf die Höhe von 50,000 Rthlr. unter der Bedingung in Gnaden zu bewilligen, daß diejenigen Räume des Gebäudes welche für die Zwecke des Landtages unbedenklich sind, Uns zur Disposition gestellt werden. Die weitere Eröffnung werden Wir an das von dem Landtage erwählte ständische Comité durch Unsern Kommissarius

erlassen lassen, sobald über die Verwendung der zu überweisenden Räume ein Beschluß gefaßt sein wird.

Stempel- und Portofreiheit in landständischen Angelegenheiten.

19) Was den Antrag betrifft, allen Verhandlungen und Korrespondenzen in landständischen Angelegenheiten Befreiung von Stempel und Porto zuzubilligen, so können Wir nicht anerkennen, daß irgend ein Bedürfniß vorliege, dieserhalb eine allgemeine gesetzliche Anordnung zu treffen. Nach ihrer verfassungsmäßigen Bestimmung haben die Provinzial-Landtage sich nur mit den ihnen von Uns vorgelegten Propositionen und außerdem mit denjenigen Gegenständen zu beschäftigen, welche die einzelnen Abgeordneten als Petitionen, entweder in ihren eigenen Namen, oder im Auftrage ihrer Kommitteenten, bei der Ständeverammlung zur Berathung einbringen. Im Uebrigen aber schreibt der §. 52 des Gesetzes vom 27. März 1824 ausdrücklich vor, daß die Provinzial-Stände, als beratende Versammlung eben so wenig mit den Ständen anderer Provinzen, als mit den Kommunen und Kreisständen ihrer Provinz, in Verbindung stehen und keine Mittheilungen unter ihnen stattfinden. Hiernach haben die Provinzial-Stände überhaupt keine Korrespondenz zu führen, mit Ausnahme derjenigen, welche nach §. 36 loc. cit. am Orte ihrer Versammlung zwischen ihnen und Unserem Kommissarius eintritt, und es kann ihnen daher eben so wenig in corpore, als den Abgeordneten einzeln für ihre Person, die Portofreiheit in ständischen Sachen ein Bedürfniß sein. Für die allerdings vorkommenden Ausnahmefälle, in denen eine Korrespondenz einzelner Ausschüsse, Verwaltungs-Deputationen und Abgeordneten mit dem Landtags-Marschall, oder mit Behörden und Kommunen nöthig werden kann, oder in denen ein Abgeordneter sich veranlaßt finden mag, noch vom Landtage aus über einen einzelnen Gegenstand Information von seinen Kommitteenten einzuziehen, sind durch Unseren General-Postmeister, im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, Vorkehrungen getroffen, daß die diesfälligen Sendungen theils unter dem Siegel des Landtags-Marschalls oder einer öffentlichen Behörde, mit portofreier Rubrik, ergehen können, theils das Porto auf eine Bescheinigung des Landtags-Marschalls, daß die betreffende Angelegenheit eine ständische gewesen, erstattet wird. Wir halten dafür, daß durch diese Anordnungen, denen Wir Unsere Billigung erteilen, dem von den getreuen Ständen angeregten Bedürfnisse vollkommen entsprochen wird. Was die Stempelfreiheit anbelangt, so können Fälle, in denen die Provinzial-Stände als solche der Stempel-Abgabe unterliegen, nur äußerst selten vorkommen, und bedarf es für solche Ausnahmefälle keiner gesetzlichen Bestimmung, vielmehr werden dieselben, wenn Gründe für einen Steuer-Erlaß vorhanden sein möchten, Unserer besonderen Entscheidung zu unterliegen sein.

Verlegung des Wahlortes im Glogauer Wahlbezirk.

20) Nach dem Antrage Unserer getreuen Stände wollen Wir für den ersten (Glogauer) Wahlbezirk die Stadt Neusalz zum Versammlungsort für die Wahlen der Landtags-Abgeordneten aus dem Stände der Ritterschaft, der Städte und der Landgemeinden statt des bisherigen Wahlortes Glogau hierdurch bestimmen.

Wahl der Landrathsamts-Candidaten.

21) Das Gesuch, in der Provinz Schlessen und der Grafschaft Glatz überall, wie in den Ober-Lausitzischen Kreisen geschieht, die Landrathsamts-Kandidaten nicht ausschließlich von den Rittergutsbesitzern der Kreise, sondern von den Kreisversammlungen wählen zu lassen, nehmen Wir zu gewähren Anstand, indem die bemerkte Verschiedenheit ihre historische Grundlage hat und eine Aenderung des bestehenden Zustandes ohne Festhaltung dieser Grundlage Bedenken erregt, welche Uns schon früher veranlaßt haben, ähnliche Anträge aus anderen Provinzen abzuweisen.

Öffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen.

22) Da hinsichtlich derjenigen Veröffentlichungen, zu welchen die Stadtverordneten schon durch die Städte-Ordnung vom 19. November 1808 und die Inkraftsetzung für die Stadtverordneten ermächtigt worden, durch Unsere Ordre vom 19. April v. J. nichts abgeändert ist, dieselbe sich vielmehr nur auf die Veröffentlichung solcher Verhandlungen und Beschlüsse bezieht, deren die Städte-Ordnung nicht gedenkt, so kann es nur auf einem Mißverständniß beruhen, wenn Unsere getreuen Stände bezweifeln, daß die den Vertretern der Städte zustehenden Beschlüsse durch die gedachte Ordre in der That erweitert worden. Auch ist nicht abzusehen, wie die Zuziehung des Magistrats, welche für die Veröffentlichung der zuletzt erwähnten Verhandlungen und Beschlüsse gerade deswegen angeordnet worden, um zu verhüten, daß etwaige Meinungsverschiedenheiten unter den städtischen Behörden Gegenstand ärgerlicher, dem Gemeinwesen nachtheiliger Erörterungen in öffentlichen Blättern werden, die Einigkeit unter diesen Behörden gefährden sollte, und die Behauptung Unserer getreuen Stände, daß die diesfälligen Beschlüsse durch die Erfahrung bestätigt würden, läßt sich als begründet um so weniger anerkennen, als bisher nur in wenigen Städten

von dem durch Unsere Diere vom 19. April d. J. bewilligten Befugnissen Gebrauch gemacht worden. Daher können Wir auch jetzt auf den bereits durch den Landtags-Abschied vom 30. December 1843 zurückgewiesenen Antrag wegen Dittlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen nicht eingehen und Uns eben so wenig bewegen lassen, den Stadtverordneten die Veröffentlichung aller ihrer, das allgemeine Interesse berührenden Verhandlungen ohne Zustimmung des Magistrats zu gestatten.

Erlaß einer Landgemeinden-Ordnung.

23) Auf den Antrag Unserer getreuen Stände, daß eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Landgemeinden-Ordnung für die Provinz Schlesien erlassen werden möge, eröffnen Wir denselben, daß bereits Einleitzungen getroffen sind, um den Mängeln abzuheben, welche diesen Wunsch hervorgerufen haben, indem Kommissarien ernannt und damit beschäftigt sind, den derzeitigen tatsächlichen Zustand der ländlichen Kommunal-Verhältnisse in Schlesien durch Lokal-Erörterungen festzustellen.

Nach Beendigung dieses Geschäftes werden die als notwendig und nützlich erkannten Änderungen des ländlichen Kommunalwesens unverzüglich in die Form eines Gesetzesentwurfes gebracht werden, dessen Vorlegung bei dem nächsten Provinzial-Landtage zu erwarten steht.

Konduiten-Listen.

24) Der Antrag, zu befehlen, daß den Beamten auf ihre Ansuchen stets die Einsicht in die von ihren Dienstherrn verfaßten Konduiten-Listen gestattet werde, betrefft lediglich die Beamten-Disciplin und überschreitet die dem provinzialständischen Rechte der Bitten und Beschwerden durch die Gesetze vom 5. Juni 1823 Art. III. Nr. 3 und vom 27. März 1824 §. 50 angewiesene Gränze.

Staatsbürgerliche Verhältnisse der Juden.

25) Der Antrag wegen Zulassung der Juden zu akademischen Lehr- wie zu den Stellen als Bürgermeister, wird bei der bevorstehenden legislativen Berathung über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden näher erwogen werden. Indessen wollen Wir Unseren getreuen Ständen schon jetzt nicht vorenthalten, daß es nicht Unser Wille ist, die Juden zu Ämtern zu befähigen, welche ihnen eine obrigkeitliche Gewalt über Unsere Christlichen Unterthanen gäben.

Kredit-Institut für städtische und bäuerliche Eigenthümer.

26) Der Antrag Unserer getreuen Stände, die Errichtung von gesonderten Kredit-Instituten für städtische und bäuerliche Grundbesitzer nach dem Beispiele der kaiserlich-königlichen Kredit-Anstalten genehmigen und die Entwerfung der diesfälligen Statuten anbefehlen zu wollen, hat Uns bewogen, Unserem Ober-Präsidenten der Provinz den Auftrag zu ertheilen, mit Hinzuziehung von Männern, denen eine genaue Kenntniß von den gewerblichen und wirtschaftlichen Zuständen der Provinz beizubringen, näher zu untersuchen und festzustellen, inwiefern dieselben die Bedingungen vorhanden sind, welche bei Errichtung solcher Anstalten unerlässlich vorausgesetzt werden müssen, und, wenn dies der Fall, in welcher Art dann dem ausgesprochenen Verlangen nach einem billigen und festen Real-Kredit am sachgemäßesten entsprochen werden kann. Nach Beendigung dieser Voruntersuchung werden Wir Unsere getreuen Stände auf ihren Antrag mit einem Entschiede versehen.

Schlesisches Land-Feuer-Societäts-Reglement.

27) Da das Land-Feuer-Societäts-Reglement erst seit dem 1. Januar 1843 zur Ausführung gekommen ist, so nehmen Wir Anstand, jetzt schon eine Verordnung wegen Abänderung u. Ergänzung desselben zu erlassen. Ein besonders Bedürfnis, daß eine solche Verordnung erlassen werde, ist auch zur Zeit noch nicht vorhanden, weil die von Unseren getreuen Ständen vorgeschlagenen Bestimmungen im Wesentlichen schon bisher, als im Sinne des Reglements liegend, der Verwaltung der Feuer-Societäts-Angelegenheiten zur Grundlage gedient haben. Der Beschluß in Betreff der gesetzlichen Sanktionierung jener Bestimmungen bleibt demnach bis zu dem Zeitpunkt vorbehalten, wo die in Gemäßheit der Vorschrift des § 35 des Reglements vom 6. Mai 1842 nach einer fünfjährigen Periode zulässige Prüfung der Klassen-Eintheilung und des Beitrags-Verhältnisses der verschiedenen Klassen durch den Provinzial-Landtag bewirkt sein wird.

Städte-Feuer-Societäts-Reglement.

28) Dem Antrage Unserer getreuen Stände, wegen Erweiterung des Städte-Feuer-Societäts-Instituts durch Verbindung aller Städte der Monarchie zu einer Verwaltungsgesellschaft, steht die große Verschiedenheit der Städte in den einzelnen Provinzen, so wie der Umstand entgegen, daß die Feuer-Societäts-Verhältnisse in den Provinzen überaus geordnet, und daß in einzelnen Landestheilen ebenfalls, wie in Schlesien, besondere Städte-Feuer-Societäts-Verbände gebildet worden sind. Unter diesen Umständen müssen Wir es Uns um so mehr versagen, auf den gedachten Antrag einzugehen, als eine Änderung der in den übrigen Landestheilen bestehenden provinziellen Feuer-Societäts-Einrichtungen immer nur mit Zustimmung der Stände der einzelnen

Provinzen würden stattfinden können, auf eine solche Zustimmung aber zu einer Vereinigung sämmtlicher Städte der Monarchie in Eine Feuer-Societät nicht zu rechnen ist. Was die von Unseren getreuen Ständen befristete Errichtung einer Mobiliar-Feuer-Societät für die Provinz Schlesien betrifft, so kann solche mit Rücksicht auf die hierbei in Betracht zu ziehenden Umstände und Verhältnisse nicht als eine Einrichtung angesehen werden, von welcher mit Grund zu erwarten ist, daß sie dem wirklichen Interesse der Provinz entsprechen werde. Wir sind daher Bedenken, dem hierauf gerichteten Antrage die gewünschte Folge zu geben. Was demnach die in Vorschlag gebrachten Änderungen und Ergänzungen des Städte-Feuer-Societäts-Reglements vom 6. Mai 1842 betrifft, so müssen Wir, wie dies auch hinsichtlich des Land-Feuer-Societäts-Reglements bestimmt worden, den Beschluß hierüber bis zu dem Zeitpunkte vorbehalten, wo die, nach Vorschrift des § 41 des ersten, nach einer fünfjährigen Periode zulässige Prüfung der Klassen-Eintheilung und des Beitrags-Verhältnisses der verschiedenen Klassen, durch den Provinzial-Landtag bewirkt sein wird. Unseren getreuen Ständen bleibt überlassen, alsdann ihre Vorschläge, so weit selbige sich durch die weitere Erfahrung als zweckmäßig ergeben möchten, wieder aufzunehmen.

Errichtung des der Städte-Feuer-Societät gewährten Vorschusses.

29) In Berücksichtigung der von Unseren getreuen Ständen eingereichten Petition haben Wir genehmigt, daß die der Provinzial-Städte-Feuer-Societät aus der Staatskasse vorgeschossene Summe von 80,000 Rthlr. in den Jahren 1845 bis 1846 in jährlichen Stückzahlungen von 20,000 Rthlr. erstattet werde. Die Regierung zu Breslau ist demnach bereits durch die Ministerien des Innern und der Finanzen mit Anweisung versehen worden.

Erlaß eines Polizei-Strafgesetzes.

30) Was den Antrag Unserer getreuen Stände wegen Emanation eines besonderen Polizei-Strafgesetzbuchs anbelangt, so haben Wir in dem Landtags-Abschiede vom 30. December 1843 in Beziehung auf die derzeit beantragte Zusammenstellung der den Landmann angehenden polizeilichen Gesetze und Verordnungen bereits darauf hingewiesen, daß eine Zusammenstellung dieser Art füglich der schriftstellerischen Thätigkeit überlassen bleiben könne, daß jedoch zur Herbeiführung der Errichtung des Antrags auf diesem Wege der Gegenstand zu erneuter Berathung aufgenommen werden solle. Wenn daher der vorliegende Antrag Unserer getreuen Stände die Anfertigung einer solchen Zusammenstellung wiederholt zum Zwecke haben sollte, so muß derselben bemerkt gemacht werden, daß die Ergebnisse der zu diesem Behuf eingeleiteten und noch im Gange befindlichen Verhandlungen für jetzt abzuwarten bleiben. In sofern jedoch Unsere getreuen Stände, abgesehen von dieser Zusammenstellung, eine vollständige Codification des gesammten materiellen und formellen allgemeinen Polizeirechts für nöthig erachten, so wird dieser Antrag, insofern er die Absonderung der polizeirechtlichen Bestimmungen von den kriminalrechtlichen betrifft, bei der schließlichen Berathung über Emanation des neuen Strafgesetzbuchs seine Erledigung finden. Darüber hinausgehen und eine vollständige Codification des gesammten Polizei-Rechts zu veranlassen, müssen Wir dagegen Bedenken tragen, da dieser Theil der Gesetzgebung nach dem Zeit Umstände und örtlichen Verhältnissen sich richtend, einem zu schnellen Wechsel unterliegt, als daß ein solcher Kodex von irgend dauerndem Nutzen sein könnte.

Bewachung der Grenze gegen die Kinderpest.

31) Dem Antrage Unserer getreuen Stände wegen Erlaß einer Bestimmung, wonach in Zukunft den einzelnen Distrikten, im Fall sie die Landesgrenze gegen die Kinderpest zu bewachen haben, Erleichterungen zu Theil werden, kann, insofern hierbei die Eingetragung einer gesetzlich festzustellenden Beihilfe aus Staatsmitteln zum Grunde liegt, nicht entsprechen werden, da die von einzelnen Distrikten in den Grenzrevieren der Provinz nach dem 2. April 1803 gemäß zu stellenden Wachen Behufs Ausführung der erforderlichen Absperrung zunächst deren eigenen Schutz bezwecken und demnach die Kreise und die Provinzen dabei interessiert sind. Indessen wird in einzelnen dringenden Fällen einer langen Dauer der Sperr-Maßregeln, bei Vorhandensein eines Unvermögens der betreffenden Gemeinden, eine Beihilfe aus Staatsmitteln ausnahmsweise nicht versagt werden, wie solche auch diesmal bewilligt worden ist. Sollte die theilweise Uebernahme der fraglichen Kosten auf Kreis- oder Provinzial-Fonds beliebt werden, so würden Wir den diesfälligen Beschlüssen Unsere Zustimmung nicht versagen.

Kehrbezirke der Schornsteinsfeger.

32) Dem Antrage, die Bestimmungen des §. 56 der Allgem. Gewerbe-Ordnung dahin abzuändern: daß die Einrichtung, Aufhebung oder Beibehaltung der Schornsteinsfeger-Kehrbezirke von den Beschlüssen der städtischen Behörden beziehungsweise von denen der Kreis-Versamm-

lung abhängig gemacht werde, ist im Wesentlichen dadurch entsprochen, daß Unser Minister des Innern die Regierungen bereits angewiesen hat, bei Regulirung des Schornsteinsfeger-Wesens, die Orts-Polizei- und Kommunal-Behörden mit ihren gutachtlichen Äußerungen zu vernehmen und den Anträgen derselben, soweit dem nicht polizeiliche Rücksichten entgegenstehen, möglichst Folge zu geben. Zu einer weiter gehenden Bestimmung, welche eine Abänderung der, erst kürzlich unter ständlichem Beirath erlassenen allgemeinen Gewerbe-Ordnung nöthig machen würde, können Wir ein Bedürfnis nicht anerkennen.

Aufhebung des § 2 der Ablösungs-Ordnung vom 7. Juni 1821.

33) Die Petition Unserer getreuen Stände um schnelle Emanation des vom siebenten Schlesischen Provinzial-Landtage begutachteten Gesetz-Entwurfs wegen Aufhebung des §. 2 der Ablösungs-Ordnung vom 7ten Juni 1821 hat inzwischen durch die unterm 31sten October d. J. erfolgte Publication des Gesetzes ihre Erledigung gefunden.

Errichtung einer Landrenten-Bank.

34) Die Bitte Unserer getreuen Stände wegen Errichtung einer Landrenten-Bank zur Ablösung der Abgaben und Leistungen an Domänen und andere Berechtigte wird sorgfältig erwogen werden und eine Beschlusnahme erfolgen, sobald die auch von den Ständen anderer Provinzen angeregte Frage diejenige rechtliche Erörterung gefunden haben wird, welche der weitgreifende Einfluß derselben auf die allgemeinen Geld- und Besitz-Verhältnisse notwendig erfordert.

Pferdezucht.

35) Unsere getreuen Stände haben einen starken und kräftigen Pferdeschlag als ein Bedürfnis der Provinz richtig bezeichnet. Schon längst ist Unsere Gistur-Verwaltung bedacht, durch Erziehung und Auswahl der Hengste für das Depot zu Lubus, diesem Bedürfnis abzuheben, und wird dieselbe in diesem Streben, so weit die disponiblen Mittel solches gestatten, fortfahren. Durch eine gleichmäßige Vertheilung der Beschäl-Stationen auf alle Theile der Provinz würde die Pferdezucht aber nach dem derzeitigen Zustande derselben nicht so erfolgreich gehoben werden, als wenn die Beschäler des Landes hiesiger vorzugsweise den zur Pferdezucht am besten geeigneten Kreisen zugetheilt werden.

Gesetz gegen die Anonymität der Presse.

36) Die von Unseren getreuen Ständen in Anregung gebrachten Maßregeln gegen den Mißbrauch der Anonymität der Presse sind schon längere Zeit ein Gegenstand Unserer ersten Beachtung gewesen und müssen Wir den dieselbe zu fassenden Beschlüssen bis zur Beendigung der diesfälligen angeordneten Berathungen vorbehalten.

Erlaß eines Pressegesetzes. Pressefreiheit.

37) Unsere getreuen Stände haben darauf angetragen, ein Pressegesetz zu erlassen und Pressefreiheit zu bewilligen. Die Motive sind entgegengesetzten Richtungen entnommen, denn während Unsere getreuen Stände auf der einen Seite auch in der Institution des Ober-Censur-Raths noch keinen ausreichenden Schutz für eine gesetzlich freie Bewegung in der Presse erkennen, klagen sie auf der andern Seite über Mißbrauch der Presse, welche die Ehre und den guten Namen Einzelner, wie einzelner Stände, täglich durch die schamlosesten Angriffe und durch Entstellung von Thatfachen und Verhältnissen angreift. Wir vermögen nicht anzuerkennen, daß das in den bestehenden Gesetzen gegebene Maß freier Bewegung in der Presse ein billiges Anspruchs nicht entsprechendes sei, müssen dagegen Unseren getreuen Ständen darin vollkommen beistimmen, daß die Presse durch Angriffe nicht nur gegen Einzelne, sondern auch gegen Staat und Kirche die gewiesenen Schranken zu durchbrechen täglich bemüht ist, und die bestehenden Vorschriften kaum ausreichen, sie stets rechtzeitig dahin zurückzuweisen. Sollte dieser Uebelstand dahin führen, die Nothwendigkeit einer durchgreifenden legislativen Abhilfe anzuerkennen, so würde solche im Sinne der Wünsche Unserer getreuen Stände nur mit Zustimmung des deutschen Bundes ausgeführt werden können, und bleibt es Unserer eifriger Erwägung vorbehalten, ob und wann dieserhalb Einleitungen zu treffen sehr möchten. Einstweilen können Wir nur die Zusicherung ertheilen, daß der Gegenstand auf das Genaueste beachtet und kein gesetzliches Mittel versäumt werden wird, begründeten Beschwerden, von welcher Seite sie auch kommen mögen, Abhilfe zu verschaffen.

Aufhebung der Monopole und Privilegien der periodischen Presse.

38) Der Antrag Unserer getreuen Stände, jedes Zeitungs-Privilegium aufzuheben und das Recht, seine Ansicht auszusprechen und Äußerungen aufzunehmen, jedem zu ertheilen, der durch seine Persönlichkeit, so wie die der Mittheilung und der Redactione genügende Garantie für die Lokalität seiner Äußerungen darbietet, scheint nicht sowohl die Zeitungs-Privilegien, deren in Schlesien nur ein einziges vorhanden ist, als die Concessionen im Auge zu haben. In dieser Beziehung besteht die Vorschrift, daß die Erlaubniß zur Herausgabe einer in kürzer als Monatsfrist erscheinenden Zeitschrift nur nach vorgäng-

ger Prüfung über die Persönlichkeit des Herausgebers und das Bedürfnis zu einer solchen Zeitschrift erteilt wird. Auch unsere getreuen Stände wollen das Recht zur Herausgabe von Zeitschriften nicht unbeschränkt erteilt wissen, sondern nur denen, welche durch ihre Persönlichkeit und Loyalität die nöthigen Garantien bieten. Eine Prüfung und nach Umständen Bewilligung und Versagung würde also auch, wenn dem Antrage stattgegeben würde, in Zukunft erfolgen müssen, so daß in dieser Beziehung ein wesentlicher Unterschied zwischen der Gesetzgebung und dem ständischen Antrage nicht besteht. Bei Ertheilung der Concession ist aber außer den persönlichen Garantien der Herausgeber auch der Gesichtspunkt festzuhalten, daß die Uebersicht der erscheinenden Blätter die Redactionen nicht verleite, durch verderbliche Reizmittel eine wegen übergroßer Konkurrenz gefährdete Existenz zu fristen, und daß diese Rücksicht auch für die Folge nicht außer Augen gelassen werden. Ein besonderer Grund zu Beschwerden in dieser Hinsicht liegt übrigens über die dasige Provinz um so weniger vor, als noch kürzlich die Concession zu zwei neuen Zeitungen für dieselbe erteilt ist und von der Freiheit, sich in den einer Concession nicht bedürftenden Monatschriften auszusprechen, umfassender Gebrauch gemacht wird.

Chausseebau von Tarnowitz nach Brieg.

39) Auf den Antrag Unserer getreuen Stände wollen Wir die für den Bau der Chaussee von Brieg über Konstadt, Kreuzburg, Rosenburg, Guttentag und Lublinitz nach Tarnowitz in Aussicht gestellte Prämie von 10,000 Rthlr. für die erste Meile von Brieg aus und von 6000 Rthlr. für jede folgende Meile auch für den Fall gewähren, daß nur einzelne Theile dieses Straßenzuges chausseemäßig ausgebaut werden.

Chausseebau von Trachenberg nach Maltzsch.

40) Auf den Antrag wegen Bewilligung einer Prämie von 6000 Rthlr. pro Meile für den Bau einer Chaussee von Trachenberg über Stroppen und Wohlau nach Maltzsch, so wie wegen Genehmigung der Anlage einer Brücke über die Oder bei Maltzsch und Unterstützung des letzteren Baues durch unentgeltliche Ueberlassung der fiskalischen Fährerechtheit näher einzugehen, müssen Wir vorerst Anstand nehmen, da auf die 27ste Petition des siebensten schlesischen Provinzial-Landtages durch Unsern Landtags-Abschied vom 30. Dec. 1843 II. 31 bereits für einen Chausseebau von Maltzsch über Trachenberg und Herrnstadt nach Gubrow und über Witzig nach Steinau, so wie für die Erbauung einer Oberbrücke bei Steinau eine erhöhte Prämie in Aussicht gestellt worden ist und wegen Ausführung dieses Unternehmens Einleitungen getroffen sind, bei dem Zustandekommen dieses Chausseebaus und Brückenbaus aber die Ausführung des jetzt angeregten Projekts nicht mehr von so erheblichem Interesse für den Verkehr der Provinz sein würde, um die dafür erbetene, sehr beträchtliche Unterstützung zu bewilligen.

Chausseegeld-Ermäßigung.

41) Die Anträge Unserer getreuen Stände, daß den kleineren Ackerbesitzern, wenn sie mit Benutzung von Röhren selbst gewonnene Erzeugnisse verfahren oder ihre Bedürfnisse an Brennmaterial herbeiholen, eine Ermäßigung des tarifmäßigen Chausseegeldes bewilligt, und daß düstigen Landbewohnern, wenn sie nicht mit eigenem gespannten Bau- oder Brennmaterialien zum eigenen Bedarf heranschaffen, bei der Chausseegeld-Hebestelle in der Gemeines oder Gutsfeldmark, in welcher sie wohnen, Chausseegeld-Freiheit zugestanden werde, entsprechen der Billigkeit. Wie das Zugeständnis der letzteren Art bisher schon in den dazu geeigneten Fällen gemacht ist, so wird dies auch ferner geschehen. Nicht minder wird nach einer, von Unserem Finanz-Minister erteilten Anweisung den kleineren Ackerbesitzern der dortigen Provinz, welche sich der Röhre als Anspann zu dem vorbezeichneten Zweck bedienen, die vorgeschlagene Erleichterung gewährt werden.

Aufhebung der §§. 8 und 9 der Verordnung über die Einführung breiter Wagenspuren.

42) Ueber den Antrag wegen Aufhebung der in den §§. 8 und 9 der Verordnung vom 7. April 1838 enthaltenen Bestimmungen, wonach einzelne Kreise der dortigen Provinz von der allgemeinen Verpflichtung breiter Wagenspur ausgenommen sind, werden Wir, dem Vorschlage Unserer getreuen Stände gemäß, zunächst die Gutachten der beteiligten Kreis-Versammlungen erfordern, und danach weiteren Beschluß fassen.

Unterbrechung der Wirksamkeit des Gesetzes über die breite Wagenspur durch ministerielle Anordnung.

43) Wenn übrigens unsere getreuen Stände vermehren, daß das vorgedachte Gesetz nicht gehörig gehandhabt werde, so eröffnen Wir denselben, daß es in dem zu dieser Befürchtung Veranlassung gebenden Falle nur auf eine Entscheidung Unseres Finanz-Ministers über die unter den Regierungen der Provinz Schlesien stehende Frage ankomme, ob die in der Verordnung vom 7ten

April 1838 bestimmte Frist von dem Tage der ersten Bekanntmachung des Gesetzes durch die Amtsblätter, oder von der im §. 10 des Gesetzes angeordneten besonderen Bekanntmachung ab berechnet werden sollte. Es handelte sich daher nur um die Auslegung einer zweifelhaften Stelle des Gesetzes, nicht aber um die Suspension einer klaren gesetzlichen Vorschrift, welche keine Unserer Behörden auszusprechen befugt ist.

Deich-Gesetz.

44) Auf die mögliche Beschleunigung der Emanation des in der Vorberatung begriffenen neuen Deich-Gesetzes wird möglichst hingewirkt und damit zugleich die Beschwerde über die provisorischen Deichverbände an der Oder beseitigt werden.

Ufergeld bei Neusalz.

45) Wiewohl die Annahme Unserer getreuen Stände, daß vor dem Erlasse des Tarifs zur Erhebung des Ufergeldes bei Neusalz vom 13. Februar 1837 Gegenstände zum eigenen Bedarf der Bewohner von Neusalz dem Ufergelde nicht unterworfen gewesen seien, der tatsächlichen Begründung entbehrt, auch die Meinung, als ob die Verpflichtung der genannten Personen zu Häufsdiensten bei Hochwasser denselben einen Anspruch auf Freilassung von der gedachten Abgabe gäbe, als richtig nicht anzuerkennen ist; so haben Wir Uns doch, in Berücksichtigung des Interesses der erwähnten Stadt bezwogen gefunden, Unseren Finanz-Minister unter dem 11. Juli d. J. zu der Anordnung zu ermächtigen, daß fortan Brennholz, Sand, Kies, Ziegel und ähnliche Gegenstände, wenn sie lediglich zum eigenen Verbrauch der Bewohner von Neusalz — mithin nicht zum Handel oder zu einem sonstigen Verkehre — bestimmt sind, dem erwähnten Ufergelde nicht unterworfen werden sollen.

Eisenbahnverbindung zwischen Schlesien und Böhmen.

46) Zur Beurtheilung des von Unseren getreuen Ständen befürworteten Projekts einer Eisenbahn von Schweidnitz durch die Grafschaft Glatz zum Anschluß an die Kaiserlich-österreichische Bahn in Böhmen sind der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft auf deren im Jahre 1843 gemachten Antrag die erforderlichen Vorarbeiten anheimgegeben, nach deren Beendigung Wir Uns weiteren Beschluß vorbehalten. Eine Zinsgarantie von Seiten des Staats für das gedachte Unternehmen kann nicht in Aussicht gestellt werden. Wegen der gewünschten Fortsetzung der Chaussee von Mittenwalde nach Bobischau und Landekron in Böhmen, wird die Verwendung bei der Nachbar-Regierung in geeigneter Art wiederholt werden.

Chausseebau von Ratibor bis zur Grenze.

47) Dem Antrage Unserer getreuen Stände, den Bau einer Chaussee von Ratibor nach der Landesgrenze bei Klingebühl auf Staatskosten zu übernehmen, kann zwar bei dem mehrfach vorliegenden dringenderen Bedürfnisse zum Ausbau der größeren Handelsstraßen der Monarchie für jetzt nicht Folge gegeben werden, dagegen wollen Wir nach dem eventuellen Antrage Unserer getreuen Stände die für diesen Bau in Aussicht gestellte Prämie von 6000 Rthlr. pro Meile auf 10,000 Rthlr. in Gnaden erhöhen.

Errichtung eines Handels-Ministeriums.

48) Was die Art und Weise betrifft, wie Wir Uns in fortwährender Kenntnis der wahren Bedürfnisse des Handels und der Industrie erhalten und die darauf bezüglichen Geschäfte führen lassen wollen, so muß dies, wie Wir Unseren getreuen Ständen eröffnen, Unserer Entschließung vorbehalten bleiben.

Ausschließung der Ausländer vom Hausir-Handel.

49) Die angeregte unbedingte Ausschließung aller Ausländer, welche nicht einem Zollvereinsstaate angehören, von dem Gewerbe-Betriebe im Umherziehen, dient vor dem hauptsächlich des Hausir-Verkehrs der Ausländer bestehenden Vorschriften nicht den Vorzug. Nach diesen dürfen Gewerbescheine an Ausländer überhaupt nur zum Hausirhandel mit Gegenständen des Wochenmarkt-Verkehrs und nur gewissen, im §. 12 des Hausir-Regulativs vom 28. April 1824 bezeichneten Gewerben erteilt werden, und stets hängt es auch dann, wenn hiernach die Ausfertigung des Gewerbescheins an sich zulässig ist, von dem pflichtmäßigen Ermessen der zuständigen Regierung ab, ob die Ausfertigung in einem bestimmten Falle erfolgen soll. In dieser Weise sind die Regierungen in den Stand gesetzt, besonders solchen Ausländern, welche einem Zollvereinsstaate nicht angehören, die Erlaubnis zu dem beabsichtigten Gewerbe-Betriebe zu versagen, wenn es mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Inlandes wünschenswerth erscheint, dagegen jene Erlaubnis nur dann zu erteilen, wenn dies dem Bedürfnisse und dem Interesse des Inlandes entspricht. Die letztere Befugnis den Regierungen zu entziehen, können Wir nicht für angemessen achten.

Maß und Gewicht.

50) Das Gesuch Unserer getreuen Stände, welches darauf gerichtet ist, daß ein peremptorischer Termin gesetzt werde, nach dessen Ablauf der Gebrauch anderer, als der im Gesetze vom 16. Mai 1816 für die Monarchie allgemein gültig erklärten Maße und Gewichte weder im öffentlichen noch im Privatverkehre ferner zu gestatten sei, kann durch die bisherige Gesetzgebung, insbesondere durch die Dobre vom 28. Juni 1827 (Gesetz-Sammlung S. 33) und durch die Verordnung vom 30. März 1840 (Gesetz-Sammlung S. 127) als bereits erledigt angenommen werden, indem durch die letztgedachte Verordnung insbesondere die Verpflichtung, sich nur geachteter Maße und Gewichte zu bedienen, schon auf alle Fälle, wo überhaupt etwas nach Maß und Gewicht verkauft wird, ausgedehnt ist, mithin den Privat-Verkehr ebenfalls umfaßt. Hiernach wird es, um etwa vorgekommenen Uebelständen abzuheben, nur darauf ankommen, den gesetzlichen Vorschriften die nöthige Ausführung zu sichern, und es ist deshalb aus dem Antrage Unserer getreuen Stände Veranlassung genommen worden, die Regierung dahin mit Anweisungen zu versehen, daß die bestehenden gesetzlichen Vorschriften dem Publikum erneut bekannt gemacht werden und die Polizeibehörden den Verkehr in dieser Beziehung streng überwachen.

Leinen-Industrie.

51) Die Lage der schlesischen Leinen-Industrie und die Auffindung geeigneter Mittel, um der letzteren die wünschenswerthe Aufhülfe zu verschaffen, sind seit längerer Zeit ein Gegenstand Unserer besonderen landesherrlichen Fürsorge, und können Wir Uns der Hoffnung überlassen, daß die theils schon getroffenen, theils eingeleiteten Maßregeln dem beabsichtigten Zwecke und den Wünschen Unserer getreuen Stände entsprechen werden.

Erhöhung des Eingangszolles für wollene Waaren.

52) Der auf Erhöhung des Eingangszolls von wollenen oder mit Wolle gemischten faconirten Stuhlwaaren gerichtete Antrag hat durch den inzwischen publicirten Zolltarif für die Jahre 1846, 1847 und 1848 bereits seine Erledigung erhalten.

Sieder-Salz.

53) Die Beschwerden, welche über die Beschaffenheit des im Laufe des verflossenen Jahres zum Verkauf gestellten Siedersalzes zur Sprache gekommen sind, haben sich nach den darüber veranlaßten sorgfältigen Ermittlungen nur in so weit begründet gefunden als hin und wieder Tonnen und Säcke mit englischem Salze zum Verkaufe gelangt sein sollen, deren Inhalt nicht vom gutem äußeren Ansehen gewesen, was dem Umstande zugeschrieben wird, daß die Salzvorräthe in einigen Faktoreien während des Jahres 1843 durch die ungewöhnliche Steigerung des Absatzes fast ganz ausgeräumt worden seien und die gehörige Austrocknung der neuen Zufuhr an englischem Salze in Stettin und in den Faktoreien nicht haben stattfinden können. Uebrigens wird, wie bisher, so auch ferner, dem Wunsche Unserer getreuen Stände entsprechend, so viel inländisches Salz, als die Umstände es zulassen, zum Verkauf nach Schlesien gelangen, so weit aber die Vorräthe an inländischem Salze nicht ausreichen, werden Unsere Behörden dafür sorgen, daß das dafür feizustellende englische Salz welches im allgemeinen nach der darüber wiederholt angestellten technischen Prüfung an innerer Güte und Brauchbarkeit dem inländischen Salze nicht nachsteht, in untadelhafter Beschaffenheit angeliefert werde.

(Schluß folgt.)